

2. Die Wirtschaftskrise 1997 in Asien

2.1 Die Asienkrise

Viele Beobachter und Wissenschaftler sind sich zwar über die auslösenden Momente einig, ihre Meinungen über die Ursachen gehen jedoch weit auseinander. Grob gesehen teilen sich die Meinungen in zwei Richtungen. Der IWF und seine Vertreter sind der Ansicht, dass die fundamentalen Probleme der Wirtschaft die Krise verursacht haben. Heribert Dieter, Wade und Crotty u.a. dagegen betonen die externen Faktoren. Der IWF behauptet, dass die Eigenart der asiatischen Wirtschaftsmodell(e) die Krise verursacht hat. Demgegenüber suchen die andere die Ursache gerade im Abbau dieser asiatischen Eigenart.

2.1.1 Außenverschuldung und Spekulation

Während der IWF und Krugman die fundamentalen Schwächen der asiatischen Wirtschaft als Grund der Krise begriffen haben, betrachten andere Beobachter diese als zweitrangig bzw. als nicht alleinige Ursache. Zwar haben die fundamentalen Schwächen eine Rolle gespielt, mit dieser Erklärung kann man jedoch die folgenden Bedenken nicht beantworten:

- „- Warum sind die Fehlentwicklungen, wenn sie denn so wichtig waren, nicht vor Ausbruch der Krise identifiziert worden?
- Weshalb sind die gleichen Modelle, die die spektakulären Wachstumserfolge der vergangenen 30 Jahre ermöglichen, plötzlich für den größten Finanzkrach seit 1929 verantwortlich?
- Warum hat es einen Ansteckungseffekt in der gesamten Region gegeben, von dem beispielweise auch sehr solide wirtschaftende Ökonomien wie Singapur betroffen waren?“ (Dieter, 2000, 22).

Dieter nennt dabei 10 Faktoren, die zum Ausbruch und zur Verschärfung der Asienkrise beigetragen haben. Er betont aber, dass kein Faktor allein die Krise erklärt, sondern die Summe der Ursachen für die Tiefe der Krise verantwortlich ist. Er erkennt die inländischen Schwächen wie „ungenügend vorbereitete nationale Finanzsysteme“ (ebd.), die Fehleinschätzung der Risiken von Schuldnern und auch Gläubigern, die Schwächen auf regionaler Ebene wie „das Fehlen einer regionalen Macht“ (ebd.) und „die Schwäche der regionalen Institutionen“ (ebd.). Auf der internationalen Ebene spielten die institutionellen Investoren, das pro-zyklische Verhalten der Rating-Agenturen und vor allem das Treiben der internationaler Spekulanten wichtige Rollen. Als externe Faktoren haben die japanische Zinspolitik und die Abwertung der chinesischen Währung

im Jahr 1994 zum Ausbruch der Krise beigetragen. Am deutlichsten unterscheidet sich seine Ansicht von der des IWF in der Auffassung, dass die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen und Deregulierung der Finanzsysteme die Krise verursacht haben. Wie unterschiedlich zum IWF seine Ansicht über die Ursachen der Krise ist, so kritisch betrachtet er die Maßnahmen des IWF gegen diese Krise.

Seine Analyse fängt mit der Frage an, ob Leistungsbilanzdefizite die Finanzkrise verursachen können. Die Leistungsbilanzdefizite in offenen Märkten allein stellen theoretisch kein Risiko für eine Wirtschaft dar, denn eine Zahlungsbilanz gleicht sich aus. Die Leistungsbilanz wird also von den Kapitalmärkten selbst gesteuert. So kann der rasche Kapitalverkehr, vor allem der Import, eine Wirtschaft nicht beunruhigen. Die großen lang anhaltenden Defizite der Leistungsbilanz werden aber als ein beunruhigender Faktor für eine Wirtschaft angesehen. Die Frage dabei ist, ab welcher Höhe Defizite kritisch werden. „Ein häufig verwendeter Indikator ist das Verhältnis der gesamten Außenverschuldung zur gesamten Wirtschaftsleistung, also dem Bruttoinlandsprodukt. Krayenbuel (...) geht davon aus, dass ein Verhältnis von Bruttoverschuldung zum BIP von unter 15 Prozent unproblematisch ist, während eine Außenverschuldung, die mehr als 30 Prozent des BIP ausmacht, von Krayenbuel als kritische Situation betrachtet wird“ (Dieter, 1998, 32). Die Weltbank hat folgende vier Kriterien aufgestellt. Überschreitungen bei drei von vier Kriterien werden als eine ernsthafte Verschuldung angesehen. „1. Verschuldung/BIP höher als 50 Prozent (...). 2. Verschuldung/Exporte höher als 275 Prozent (...). 3. Schuldendienst (Zins und Tilgung) mehr als 30 Prozent der Exporteinnahmen (...). 4. Zinsdienst mehr als 20 Prozent der Exporteinnahmen“ (ebd.)¹. Wie die Unterschiede zwischen diesen beiden Kriterien zeigen, gibt es keine festen Regeln für die Gefährlichkeit der Bilanzdefizite. Die reale Bewertung der Leistungsbilanzdefizite, also der Verschuldung, findet durch die Investoren meistens zufällig statt. „Die eigentliche Gefahr von chronischen Leistungsbilanzdefiziten ist deshalb auch, dass Gläubiger plötzlich die Rückzahlung der von ihnen gewährten Kredite einfordern können“ (ebd., 33). Diese Zufälligkeit der Entscheidung von Investoren macht die ungenügend vorbereitete Öffnung und Deregulierung der Finanzmärkte einer Wirtschaft problematisch.

¹ Ein noch anderes Kriterium für das Verhältnis der Außenverschuldung zum BIP sieht so aus. „(...) a country is ‚less indebted‘ when the debt/GNP ratio is less than 48%, ‚moderately indebted‘ when this ratio is 48% and 80%, and ‚severely indebted‘ when it is over 80%“ (Chang, et. al., 1998, 738, Fußnote 3).

Beispiele dafür waren Australien, Neuseeland, Mexiko und Lateinamerika. Australien und Neuseeland haben nach den jeweiligen Regierungswechseln Mitte der 80er Jahre auch die Wirtschaftspolitik geändert. Sie haben ihre Wirtschaften liberalisiert und ihre Finanzmärkte dereguliert. Ausländisches Kapital wurde importiert und ihre Leistungsbilanzdefizite wuchsen sehr schnell. Seitdem ist die Auslandsverschuldung rasch gestiegen und sie sind in eine Währungskrise geraten². Eine ähnliche Entwicklung hat Mexiko Ende 1994 erfahren. In diesem Jahr sah sich Mexiko mit der Aufwertung der Landeswährung und den daraus resultierenden Defiziten in der Handelsbilanz konfrontiert. Diese Defizite führten mit Defiziten in der Dienstleistungsbilanz zu Leistungsbilanzdefiziten und schließlich zur Währungskrise. Mit der finanziellen Hilfe vom IWF und von den USA hat aber Mexiko die Krise schnell überwunden. Seine geographische Nähe zu den nordamerikanischen Märkten und der Wettbewerbsvorteil der mexikanischen Unternehmen, die von dem Verfall der Währung profitiert hatten, trugen dazu bei. Auch in Mexiko war die Deregulierung der Finanzmärkte der Krise vorausgegangen. In den Fällen von Australien und Neuseeland sowie Mexiko wuchsen die Außenverschuldungen eher im privaten als im öffentlichen Sektor.

Für diese Fälle wurde die Krise von kurzfristig eingeführten privaten Krediten verursacht. Die Leistungsbilanzdefizite per se stellen keine große Gefahr für eine Wirtschaft dar, unabhängig davon, ob sie entweder lang anhaltend oder kurzfristig sind. Ob solche Defizite für eine Wirtschaft kritisch sind, kann man erst feststellen, nachdem sie inhaltlich analysiert wurden. Wie schon oben dargestellt, muss man prüfen, wie das Verhältnis der Defizite zum gesamten Bruttoinlandsprodukt ist und/oder ob die Defizite aus Import für Produktionsmittel oder Technologien, die Investitionen und späteres Wachstum bedeuten, resultierten usw. Finanziell krisenanfälliger wird eine Wirtschaft eher durch vorschnelle Liberalisierung der Wirtschaft oder die Deregulierung der Finanzmärkte als durch Leistungsbilanz- oder Kapitalbilanzdefizite.

Auch in Asien ist die Krise ähnlich wie die Krisen in vorhergegangenen Fällen abgelaufen. Die asiatische Krise begann mit einer Währungskrise, ging über in eine finanzielle Krise, und schließlich sind die Wirtschaften zusammengebrochen. Die Leistungsbilanzdefizite bzw. Auslandsverschuldungen könnten als Ursache der asiatischen Krise

² Diese Währungskrise führte aber nicht zu einer fatalen Wirtschaftskrise wie in Lateinamerika oder Mexiko oder Südost- und Ostasien. Bemerkenswerte Aussagen für den Grund, dass sich die Krise nicht so entwickelt hat, findet man bei Wood. „*These debt levels are only possible because both countries have kept the confidence of foreign creditors. Comfortable with their white skins, knowledge of the English language and general Anglo-Saxon airs and graces, bond*

gelten. Sie erklären aber nicht den ganzen Entstehungsprozess der Krise, obwohl die Finanzpolitiken der jeweiligen Länder zu voreilig waren. Vor allem die Frage, warum die Investoren so plötzlich ihr Geld zurückgefordert haben, bedarf noch näherer Erklärung. Im Zusammenhang mit den Leistungsdefiziten soll daher auch die Spekulation der internationalen Wirtschaftsinstitute mit den Währungen diskutiert werden. Nach Dieter hat der moderne Kapitalismus durch die Spekulanten bei der Asienkrise ein neues Gesicht gezeigt: „die konzertiert vorgetragene Spekulation“ (Dieter, 1998, 43). Anders als das klassische Muster, nach dem sich der Spekulant nach dem Schema „Erwartung der Abwertung einer Währung – Verschuldung – reale Abwertung der Währung – dann Verkauf der Währung“ verhält, haben die Spekulanten in Asien 1997 wie eine Herde unter der Führung von Soros gemeinsam die asiatischen Währungen attackiert. Als „Generalprobe“ (Köhler, 1998) haben sie die tschechische Krone angegriffen. Um solche spekulativen Attacken auf Währungen erfolgreich abzuschließen, brauchen die Spekulanten zwei Bedingungen: der Finanzmarkt muss geöffnet sein und die Spekulanten müssen über ausreichende Mittel verfügen (vgl. Dieter, 1998, 44–45). In den asiatischen Ländern hat die Liberalisierung erst in den 90er Jahren begonnen. Sie haben daher nicht ausreichend Erfahrung sammeln können, um sich gegen diese spekulativen Attacken zu wehren. Und allein George Soros verfügt über mehr als 17 Mrd. US-Dollar, mehr als die Währungsreserven von Indonesien 1996, mehr als Hälfte der Währungsreserven von Korea 1996 (vgl. Dieter, 1998, 53, Tabelle 6). Die Attacken auf asiatische Währungen begannen die Spekulanten mit dem thailändischem Baht, der an den Dollar fest gebunden war. Trotz der Bemühungen der thailändischen Regierung und der Zentralbank haben die Spekulanten die Widerstände gebrochen. Die thailändische Regierung gab dann ihre Währung frei. Die Spekulanten haben ihre Gelder abgeholt und sind aus dem finanziell verwüsteten Land abgezogen. Manche Nachbarländer haben diese Freigabe der Währung, die Kapitulation Thailands vor den Spekulanten, als einmaliges thailändisches Problem angesehen und glaubten, dass die Krise schon vorüber sei. Es war aber erst der Anfang der Asienkrise. Das internationale Kapital, das so genannte hot money, hat angefangen, eine Währung nach der anderen in Asien aggressiv anzugreifen.

Was hat denn zu dieser Spekulation geführt? Wie schon oben erwähnt, sind die Defizite der Leistungsbilanz oder die Auslandsverschuldungen weder die hinreichende Bedingung für die Entstehung der Krise noch für Spekulationen. Wenn sie aber mit unzu-

investors have been happy to buy these countries' bonds (...) (Wood, 1998, S. 116 Boom and Bust, zitiert nach Dieter, 1998, 41).

reichend vorbereiteter Deregulierung verbunden sind, wird eine Wirtschaft krisenanfälliger und zum Eldorado für Spekulanten. Weitere motivierende Indikatoren für die Spekulanten könnten die hohe Inflationsrate und die Defizite der öffentlichen Haushalte sein. Die Entwicklungs- und Schwellenländer mussten und müssen das für ihre Entwicklung unerlässliche Kapital importieren. Und sie tendieren generell infolge des schnellen Wachstums zu relativ hohen Inflationsraten. Sie können aber diese relativ hohen Inflationsraten nicht mit Geld- und Kreditpolitik wie bei Industrieländern niedrig halten. „Das ist in den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht ganz einfach, da es dort meist an entwickelten Geld- und Kapitalmärkten fehlt, die für eine wirksame monetäre Politik nun einmal erforderlich sind. Daher ist es sinnvoll, die Währung dieser Länder durch feste Wechselkurse mit anderen Währungen, z.B. mit dem US-Dollar, zu verbinden“ (Köhler, 1998). Einerseits stabilisieren diese festgesetzten Wechselkurse das Preisniveau, andererseits stimulieren sie bei relativ hohen Inflationsraten das Wirtschaftswachstum. Die Spekulanten sahen aber diese Kombination von festen Wechselkursen und hohen Preissteigerungsraten nicht als ein Mittel an, den Preisauftrieb durch eine reale Aufwertung zu bremsen. „Vielmehr betrachtete(n) sie die Kombination als unhaltbar“ (ebd.). Die Politik, die für die asiatischen Entwicklungsländer für ihren wirtschaftlichen Aufbau unausweichlich war und mehrere Jahrzehnte lang als erfolgreiche Entwicklungsstrategie galt, stellte für Spekulanten ein unsoliden Wirtschaften dar. Sie sehen in dieser Politik eine Chance, daraus Gewinne zu ziehen.

2.1.2 Die Finanzpolitiken der Nachbarländer und die Rolle des IWF

Ob eine direkte Kausalität zwischen der Asienkrise und der wirtschaftlichen Lage der Welt besteht, ob die japanische und chinesische Wirtschaftspolitik die Krise der übrigen asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländer beeinflusst hat oder ob die US-amerikanische Außen- und Wirtschaftspolitik die asiatische, insbesondere koreanische Krise begünstigt hat, kann in der Hinsicht auf die Verflochtenheit der Welt bzw. kapitalistischer Weltwirtschaft betrachtet werden, denn solche Politik wird stillschweigend oder heimlich praktiziert³.

Vor und nach dem 2. Weltkrieg war Japan die Lokomotive der asiatischen Entwicklung. Die japanische Wirtschaft ist mit enormer Geschwindigkeit gewachsen und wurde so zur zweit- oder drittgrößten Wirtschaft der Welt. Nach langer Stagnation in den 80er Jahren begannen in Japan übermäßige Investitionen in Immobilien und Aktien und somit die Überteuerung der Immobilien- und Aktienpreise. Diese japanische Blasenwirtschaft, die Krugman mehrmals ausdrücklich als charakteristisch für die Asienwirtschaft beschrieben hat und die im Gegensatz zu Südostasien ‚hausgemacht‘ war (vgl. Dieter, 1998, 63), ist Anfang der 90er Jahre geplatzt und die japanische Wirtschaft geriet in die Krise. Japan wählte eine Politik, die diese Krise überwinden sollte, aber „ohne die Zusammenbrüche von Firmen, sowohl im Bau- wie im Finanzsektor, in Kauf zu nehmen“ (ebd.). Diese gewählte Politik ist der historisch einmalig niedrige Zinssatz, um die in Not geratenen Unternehmen zu retten. Der Zinssatz ist seit September 1995 auf 0,5 % (ebd. 65) gesunken. So wurde japanisches Kapital exportiert, um seine Rendite zu sichern. Den größten Teil davon haben die später in die Krise geratenen Länder aufgenommen. Kritisch wurde es beim Import dieses Kapitals, weil kurzfristige Kredite aufgenommen wurden und mit diesen Kreditaufnahmen die Defizite in der Leistungsbilanz entstanden.

Im Jahr 1994, kurz vor dem japanischem Debakel, hat China seine Währung abgewertet. Offiziell lautete der Grund für diese Abwertung die „Restrukturierung des Wechselkurssystems“ (ebd. 67). Praktisch hat aber diese Abwertung Chinas Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf den Kostenvorteil gegenüber den südostasiatischen Ländern gestärkt. Während China mit seiner Politik von der Asienkrise verschont blieb, hat sie den südostasiatischen Ländern mehr oder weniger Schwierigkeiten bereitet (Robert Gutt-

³ Damit will ich nicht behaupten, dass es irgendwelche Verschwörung oder Ähnliches gab. Es ist aber sinnvoll, die Wirtschaftslage der Umwelt rund um die betroffenen Länder näher zu beschreiben, da ihre Wirtschaften von ihnen bzw. voneinander abhängig sind.

man, 1998, Asia in Crisis: An Interview. Capitalism, Nature, Socialism; Vol. 9, No. 2, p. 1–16).

Tabelle: Außenverschuldung nach Gläubigerländern Anfang 1998
(in Mrd. US-Dollar, ohne öffentliche Kredite)

	Frankreich	Deutschland	Japan	Großbritannien	USA	Andere	Summe 1.
Indonesien	4,8	5,6	23,2	4,3	4,6	16,3	58,7
Malaysia	2,9	5,7	10,5	2,0	2,4	5,3	28,8
Philippinen	1,7	2,0	2,1	1,1	2,8	4,4	14,1
Thailand	5,1	7,6	37,7	2,8	4,0	12,2	69,4
Südkorea	10,1	10,8	23,7	6,1	10,0	42,8	103,4
Summe 2.	24,6	31,7	97,2	16,3	23,8	81,0	274,4

Quelle: Dieter, 1998, S. 55. Meine Hervorhebung.

Summe 1: Summe nach Schuldnerländern; Summe 2: Summe nach Gläubigerländern.

Die Rezepte des IWF: Als die Krise ausbrach, haben die betroffenen Länder außer Malaysia, den IWF um finanzielle Hilfe gebeten. Der IWF verlangte, als Gegenleistung für den finanziellen Beistand zur Überwindung der Krise, die Durchführung der vom IWF entworfenen Programme zur Herstellung solider Wirtschaften in den Krisenländern. Diese Forderung geht auf seine Diagnose über die Ursache der Krise zurück, dass diese hauptsächlich aus den fundamentalen Schwächen der Länder entstanden sei. Stanley Fischer, der damalige ‚First Deputy Managing Director‘ des IWF, formulierte die internen Ursachen der Krise in einer Rede vor Bankiers folgendermaßen:

„ (...) first, the failure to dampen overheating pressures that had become increasingly evident in Thailand and many other countries in the region and were manifested in large external deficits and property and stock market bubbles; second, the maintenance of pegged exchange rate regimes for too long, which encouraged external borrowing and led to excessive exposure to foreign exchange risk in both the financial and corporate sectors: and third, lax prudential rules and financial oversight, which led to a sharp deterioration in the quality of banks' loan portfolios“ (Fischer, 1998).

Ferner wies er darauf hin, dass die schwache Konjunktur in Industrieländern wie der EU und Japan Anfang der 90er Jahre und der damit verbundene Kapitalexport auch zum Krisenausbruch beigetragen haben. Er betonte aber auch fundamentale Schwächen, dass nämlich „weak financial systems, excessive unhedged foreign borrowing by the domestic private sector, and a lack of transparency about the ties between government, business, and banks“ (ebd.) zum Ausbruch der Krise beigetragen und deren Überwindung erschwert haben. Nach dem Ausbruch der Krise verloren alle Krisenländer das Vertrauen der Investoren, vor allem durch die Abstufung der Bewertung durch rating-agencies wie Moody's und Standard & Poor's, und ihre Währungen verloren

weiter an Wert. Der IWF wies auf die Beschaffenheit der Wirtschaften von Krisenländern, das so genannte Crony-kapitalistische Wirtschaften, hin, das die krisenauslösenden Fehlentwicklungen eingeleitet hatte.

Die Rezepte des IWF waren logischerweise aus dieser Diagnose abgeleitet. Als finanzielle Hilfe stellte der IWF allein 36 Mrd. US-Dollar bereit und die gesamte Summe aus verschiedenen internationalen Institutionen betrug fast 100 Mrd. US-Dollar, die auch der IWF vermittelt hat. Die finanzielle Hilfe soll die Wechselkurse und finanziellen Turbulenzen stabilisieren. Durch diese Stabilisierung soll das Vertrauen von Investoren wiederhergestellt werden. Diese Hilfe ist aber mit einigen Vorschlägen verbunden, die nach Ansicht des IWF das wirtschaftliche Fundament der Krisenländer verstärken und gemeinsam für 3 Länder wie Indonesien, Korea und Thailand gelten sollen.

„*Monetary policy* must be firm enough to resist excessive currency depreciation, with its damaging consequences not only for domestic inflation but also for the balance sheets of domestic financial institutions and nonfinancial enterprises with large foreign currency exposures. (...) *Financial sector weaknesses* are at the root of the Asian crisis and require particularly urgent attention. In many cases, weak but viable financial institutions must be restructured and recapitalized. (...) *Governance* must be improved in the public and corporate sectors, and transparency and accountability strengthened. (...) *Fiscal policies* will need to focus on reducing countries' reliance on external savings and take account of the costs of restructuring and recapitalizing banking systems“ (IMF, 1998, Finance & Development, Vol. 35, No. 2).

Für betroffene Einzelländer wurden jeweils die für das Land ‚zugeschnittenen‘ Maßnahmen vorgeschlagen. Obwohl der Fonds eingeräumt hat, dass die Maßnahmen in einzelnen Ländern nicht immer einwandfrei waren, hat der IWF diese ‚Empfehlungen‘ im Großen und Ganzen als erfolgreich bewertet. Neben der finanziellen Hilfe war es für den IWF wichtig, dass die Strukturen der Krisenländer reformiert werden, um das Vertrauen, die Stabilität und das Wirtschaftswachstum wiederherzustellen. Der Fonds hat die anfänglichen Schwierigkeiten auf die anhaltenden Kapitalabflüsse und Währungsabwertungen nach der Einführung der Programme zurückgeführt. Warum sie nicht gleich mit den Programmen stabilisiert wurden, hat der IWF folgendermaßen formuliert.

„This was related to a variety of factors, including:

- initial hesitations and policy reversals in program implementation, (...), together with political and electoral uncertainties that cast doubt on prospective policies;
- the overwhelming imbalances between reserves and maturing short-term debt. (...)
- uncertainties over the official financing packages;“ (IMF Staff, 2000).

Was der IWF hier nach dem Krisenausbruch als Grund für die verlangsamte Stabilisierung bzw. Verschlechterung der Wirtschaftslage gefunden hat, ist nur eine wiederholte Betonung der ursprünglich genannten Ursachen. Die Regierungen haben demnach

versäumt, vorherzusehen, dass die überhitzten Blasenwirtschaften, für die sie selbst verantwortlich sind, zur Krise führen können. Nach dem Ausbruch der Krise haben sie wieder versagt, indem sie die vom der IWF vorgeschlagenen Stabilisierungsprogramme nicht rechtzeitig in Gang gesetzt haben. Obwohl Stanley Fischer selbst auch betont hat⁴, dass nicht nur die Regierungen der Krisenländer, sondern auch die internationalen Märkte zum Krisenausbruch und zur Verschlechterung der Krisenzustände beigetragen haben, hat der IWF diese Tatsache bei seinen Empfehlungen an die Politik nicht berücksichtigt. Stattdessen hat der Fonds sein Allheilmittel empfohlen, das für die vorher aufgetretenen Krisen in anderen Regionen eingesetzt wurde, und zwar die Erhöhung der Zinssätze und Steuersätze sowie die massive Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Die relativ langfristigen Strukturreformen wurden vom IWF auch mit dem finanziellen Beistand verbunden verlangt.

Während der IWF seine Maßnahmen als erfolgreich und notwendig bewertet hat, ist er auf zahlreiche Kritik gestoßen. Zunächst wurde der IWF kritisiert, weil er seine Kompetenzen überschritten hätte. Nach den Articles of Agreement des IWF besteht seine Aufgabe vor allem darin, „to promote exchange stability, to maintain orderly exchange arrangements among members, and to avoid competitive exchange depreciation“ (IWF, Articles of Agreement of the International Monetary Fund, Article I, Purposes, [Absatz] iii). Wie weit seine Kompetenz bzw. die Interpretation dieses Absatzes gefasst werden kann, könnte von den Wirtschaftslagen der betroffenen Länder abhängen. Ob die kurzfristige finanzielle Hilfe ausreicht oder ob langjährige Maßnahmen ergriffen werden sollen, um irgendwelche Schwierigkeit zu überwinden, kann mit dem betroffenen Land beraten werden. Obwohl der lang dauernde und unter Aufsicht des IWF stattfindende Versuch, die fundamentalen Wirtschaftsschwächen zu korrigieren, die Souveränität eines Landes verletzen könnte, weil das Land seine Politik nicht selbständig entscheiden und ausführen darf, wäre das annehmbar und zweckmäßig, wenn beide Parteien keine Alternative sehen, und darüber miteinander ‚gut beraten‘ und über Programme ‚sich geeinigt‘ seien. Unberührt davon hat der IWF zuerst die Erhöhung der Zinsen und der Steuern sowie die Kürzung der öffentlichen Ausgaben als lang bewährtes Allheilmittel gegen die Finanzkrise verordnet. Diese Maßnahmen sind mit der Reformpolitik und den finanziellen Hilfen des IWF verbunden.

⁴ Die Wirtschaftslagen, insbesondere die niedrigen Zinssätze in Europa und Japan, haben den Export ihres Kapitals begünstigt. Fischer fand, dass das Verhalten der Märkte in der Anfangsphase nicht rational war, zumal sie auf die Marktsituation überreagiert hätten (vgl. Fischer, 1998).

Diese Politiken haben die Krise nicht prompt stabilisiert, sondern noch verschärft. Durch Zinserhöhungen sind die Lasten der in die Krise geratenen Firmen, auch der relativ gesunden Firmen, größer geworden. Die erhöhten Steuern und die gekürzten öffentlichen Ausgaben machten es nicht nur den Unternehmen schwer, sondern werden auch die Armen noch ärmer. Die Kapitalabflüsse dauerten an, die Währungen verloren ihren Wert und das Vertrauen kehrte nicht zurück. Diese Kritik beruht hauptsächlich auf einer unterschiedlichen Auffassung von den Krisenursachen. Gegenüber dem IWF geht sie davon aus, dass eher das Marktversagen als das Staatsversagen und das kurzfristige Liquiditätsproblem die Krise verursacht haben. Fischer hat aber verteidigt, dass die Maßnahmen des IWF notwendig waren, um die Kapitalabflüsse zu stoppen und somit das Vertrauen wiederherzustellen. Aus Erfahrungen in Brasilien, Hongkong und der Tschechischen Republik und aufgrund der sehr rasch schlechter gewordenen Finanzlagen in den Krisenländern Asiens musste der IWF die Zinsen kurzfristig erhöhen und gleichzeitig die langfristig geplanten Maßnahmen für eine gesunde wirtschaftliche Grundlage einleiten wie „restructuring the financial sector, bringing financial sector regulation and supervision up to international standards, and increasing domestic competition and transparency“ (Fischer, 1998).

Gegen diese Notwendigkeit der ‚kurzfristigen‘ Zinserhöhung soll das Beispiel Malaysia aufgeführt werden. Malaysia lehnte die Vorschläge des IWF, vor allem die Zinserhöhung, ab und ging einen eigenen Weg zur Überwindung der Krise. Die malaysische Währung verlor ihren Wert nicht wesentlich mehr als die der anderen Krisenländer⁵. Die malaysische Wirtschaft erholt sich aber mindestens gleich gut wie die der anderen Länder.

Die Kritik, dass die finanzielle Unterstützung des IWF das Moral-Hazard-Verhalten von Schuldner und auch von Gläubigern und damit die rücksichtslose Fehlinvestition verursacht habe, wies der IWF mehrmals zurück. Im Januar 1998 betonte Stanley Fischer: „no country would deliberately court such a crisis even if it thought international assistance would be forthcoming. The economic, financial, social, and political pain is simply too great; nor do countries show any great desire to enter IMF programs unless they absolutely have to“ (ebd.). Auf der Seite der Investoren gibt es keinen Anlass für solches Verhalten, denn bei einer Krise verlieren auch die Investoren. An derselben Stelle

⁵ Von 2,52 Ringit pro 1 US-Dollar am 24.06.97 auf 3,95 Ringit pro 1 US-Dollar, also um 36,2%. Der Wertverlust ist fast gleich wie bei der koreanischen (35,7%), philippinischen (36,4%) oder thailändischen (38,4%) Währung, aber deutlicher weniger als bei der indonesischen (83,5%) Währung (vgl. Dieter, 1998, S. 69, Tabelle 10: Die Entwicklung von ausgewählten Währungen in Asien 1997-1998).

fügt Fischer anhand der Berichte für das vierte Quartal 1997 der internationalen Banken an, dass die Krise auch für die ausländischen kommerziellen Banken mit einigen Ausnahmen kostspielig war (ebd.). Von den Kritikern wurden nicht nur die kommerziellen Banken, sondern auch die hedge-funds verdächtigt, durch ihr spekulatives Verhalten die Krise verursacht und verschärft zu haben. Die Spekulation des ausländischen Kapitals als direkter Verursacher der Krise verurteilen nicht nur der Betroffene wie Mahathir, der malaysische Premierminister, sondern auch die Beobachter wie Radelet und Sachs (Radelet und Sachs, 1998) oder Köhler (Köhler, 1998). Dazu habe der managing director des IWF, Michel Camdessus, eine Überprüfung beauftragt: „the IMF has been looking into this question, talking to market participants and central banks about how hedge funds are set up and regulated, and what role they may have played in the crisis. But from what we know so far, it would be a mistake to blame hedge funds or other market participants for the turmoil in Asia.“ (Camdessus, 1997).

2.1.3 Fundamentale Schwäche: Crony-Kapitalismus und Blasenwirtschaft

Eine andere Art Grenze des Wachstums: 3 Jahre vor dem Ausbruch der Krise hat Krugman prognostiziert, dass die asiatische Wirtschaft nicht mehr so schnell wie früher wachsen werde. Wie bei der alten sowjetischen Wirtschaft sei das Wachstum in Asien einfach mit dem zunehmenden Input von Produktionsfaktoren zu erklären. So sei das Wachstum mit enormer Mobilisierung der Ressourcen auch möglich gewesen. Im Gegensatz zu westlichen Industrieländern ist die Effizienz, die durch technologische Entwicklung ermöglicht wird, in asiatischen Ländern nicht so gewachsen wie ihre Wirtschaft (vgl. Krugman, 1994). Wie schon lang und breit bekannt ist, ist das Humankapital in Asien, vor allem in Korea, der Hauptfaktor der raschen wirtschaftlichen Entwicklung. Aber bald ist dieses schnelle Wachstum in den asiatischen Schwellenländern nicht mehr möglich, denn „some Asian economies have already pushed savings, education, and labor participation as far as they can“ (Krugman, 1997). Ferner verdankt sich das Wachstum irrationalen, unnormalen Investitionen in Immobilien und Aktien. Das ist kein normales wirtschaftliches Wachstum, sondern nur eine Blasenwirtschaft. Wenn diese übermäßigen Investitionen wegfallen, oder wenn die Grenze der möglichen Vermehrung der Inputs erreicht ist, dann werden diese Blasen in der Wirtschaft platzen (vgl. Krugman, 1997). Bis 1997, vor dem Ausbruch der Krise, hat er bloß prognostiziert, dass das Wachstum der asiatischen Schwellenländer abgebremst werde. In Aufsätzen, die er nach dem Ausbruch der Krise veröffentlichte, fügte er noch einen Faktor hinzu, der typisch für den Finanzsektor der asiatischen Länder ist und so zur Krise führte. In Asien sind die Bankiers privilegierte Personen, die glauben, dass sie von der Regierung vor ihrem Bankrott geschützt werden. So investieren sie ihr Geld ohne Bedenken und Verantwortung vor allem in Immobilien und eine übermäßige Expansion der Unternehmen. Solche Investitionen sind mit hohem Risiko verbunden, erzeugen zwar hohen Gewinn in konjunkturell guten Zeiten (vgl. Krugman, 1998). Aber mit diesem Fehlverhalten der Banken und bankähnlichen Institute entsteht die so genannte Blasenwirtschaft, die sich in übermäßigen Immobilienpreisen und übermäßigen Investitionen darstellt. Dieses Moral-Hazard-Argument beleuchtet die Korruption zwischen Regierung und Bankiers und führt zu dem Begriff des ‚*crony capitalism*‘, der wiederum als Grund dieses Fehlverhaltens genannt werden kann. Crony capitalism besagt eigentlich mehr, als gerade beschrieben wurde. Nach dem Ansatz mischen sich die Politik bzw. Politiker zu ihren Gunsten in den Markt ein und stören so die Ordnung des freien Marktes. An die cronies, die hauptsächlich aus den Familien und Verwandten hochrangiger Regierungsmitglieder und den mit ihnen gute Beziehungen pflegen-

den Unternehmern bestehen, werden die für die Wirtschaft wichtigen Informationen übermittelt. Sie bekommen Monopolrechte, ihre Schulden werden durch öffentliche Finanzmittel beglichen⁶. So werden die sonst freien, gut konkurrierenden Teilnehmer aus dem Markt verdrängt und es entsteht das Moral-Hazard zwischen cronies, Unternehmen und Staat.

Der IWF sieht die Ursachen der Krise hingegen im wirtschaftlichen Erfolg selbst. „Their very success led foreign investors to underestimate their underlying economic weakness“ (IWF Staff, 1998). Die fundamentalen Schwächen der asiatischen Wirtschaft, die in den konjunkturell guten Phasen nicht entdeckt würden, waren der Boden der Krise. Die unzulänglichen Politiken und Institutionen, „especially those safeguarding the financial sector“⁷ (ebd.), die sich mit dem zunehmenden internationalen Kapitalverkehr nicht angemessen entwickelt haben, begünstigten die Finanzkrise. Diese Unzulänglichkeiten wurden, laut IWF, erst mit der Krise enthüllt. Der IWF listete 8 interne und externe Faktoren auf, welche als die die Krise auslösenden Gründe fungiert haben. Als interne Faktoren werden vorgestellt: „a buildup of overheating pressures, evident in large external deficits and inflated property and stock market values; the prolonged maintenance exchange rates, in some cases at unsustainable levels, which (...) came to be seen as implicit guarantees of exchange value, encouraging external borrowing and leading to excessive exposure to foreign exchange risk (...); a lack of enforcement of prudential rules and inadequate supervision of financial systems (...); problems resulting from the limited availability of data and a lack of transparency (...); problems of governance and political uncertainties, (...)“ (ebd.). Die 3 externen Faktoren sind die Unterschätzung der Risiken durch internationale Investoren, die Schwankungen des Wechselkurses zwischen Dollar und Yen und das Verhalten der internationalen Investoren, das den Wechselkurs weiter nach unten gedrückt hat (ebd.). Die Verantwortung der Krise tragen aber die Regierungen, die wegen ihrer Unfähigkeit nicht rechtzeitig auf die Symptome der Krise reagierten, und die Anfälligkeit im Finanzsektor für eine Krise durch rasche Zu- und Abflüsse des Kapitals möglicherweise mit ‚Safeguard‘-

⁶ Wade kritisiert solchen Ansatz von Cronykapitalismus. Die Kritiker betrachten diese Art des Kapitalismus einseitig nur auf „corruption“ und „favouritism“ hin. Sie übersehen „the financial rationale for cooperative, long-term, reciprocal relations between firms, banks and government in a system“ (Wade, 1998, 7). Ferner weist er darauf hin, dass es auch in den USA den „cronyism“ gibt.

⁷ IWF und USA waren die Hauptvertreter, die verlangten, dass die asiatischen Länder ihre Märkte so schnell wie möglich öffnen sollen. Aus diesem Grund ist diese Diagnose überraschend, obwohl der Schutz nicht gleich wie Protektionismus verstanden werden sollte. Der Druck zur Öffnung des koreanischen Kapitalmarktes ist immer größer geworden. Vor allem kurz

Maßnahmen nicht abbauen konnten. Statt Schutzmaßnahmen gegen Schwankungen der Währung oder gegen die Attacke der so genannten hedge-fonds verlangte der IWF, den Markt so schnell wie möglich zu öffnen. Diese Sachverhalte sind z.B. im LOI (Letter of Intent) zwischen Korea und IWF festgehalten.

vor Ausbruch der Krise, also im Jahr 1996, ist Korea der OECD beigetreten. Die OECD hat dabei die Öffnung des Kapitalmarktes als Voraussetzung des Beitritts verlangt.

2.1.4 Staatsversagen vs. Marktversagen

Alle Beobachter einschließlich des IWF, der seine anfängliche Politikversion zur Überwindung der Krise korrigiert hat, stellten fest, dass die Krisenländer fundamentale Probleme hatten. Der Cronykapitalismus, der eigentlich die korrupte philippinische Gesellschaft um den damaligen Diktator Ferdinand E. Marcos gekennzeichnet hat, ist das Synonym für asiatisches Wirtschaften geworden. Der Cronykapitalismus beinhaltet die wirtschaftliche Bevorzugung, den ungesunden Wettbewerb und die Korruption wie die illegale Vergabe von Sonderrechten, also eine verzerrte Marktordnung. Die Einkommensverteilung und die Allokation der Ressourcen werden dadurch ungerecht und uneffizient. Da sie nicht nach dem wirtschaftlichen Prinzip investieren, werden die Wirtschaften zu Blasenwirtschaften und es wird in manchen Bereichen übermäßig investiert.

Ob die Blasenwirtschaft und die Überinvestition auf den Cronykapitalismus allein zurückzuführen sind, ob es diese Art des Kapitalismus überhaupt in Asien und in den relevanten Zeiten gegeben habe, bezweifeln Kritiker. Einige der Kritiker wiesen auch darauf hin, dass die asiatischen Regierungen viel gesünder als die in anderen Entwicklungs- und Schwellenländern sind. Abgesehen davon, ob die Namensgebung korrekt ist, fragen Kritiker der Politik des IWF danach, ob die Krise wegen Überinvestitionen, Außenverschuldung oder sogar fundamentaler Schwächen der Wirtschaften der asiatischen Länder ausbrach. Diese Faktoren haben den Ausbruch der Krise begünstigt, können aber den ganzen Krisenprozess nicht hinreichend erklären. Was die Gläubiger so panisch reagieren ließ, könne man nicht rational beantworten⁸, wenn sie wirklich von den fundamentalen Schwächen bzw. den geplatzten Blasenwirtschaften überrascht wurden. Dafür hat u.a. Köhler die Spekulation des internationalen Kapitals verantwortlich gemacht. Die so genannten Hedge-Fonds haben über mehr als 300 Mrd. US-Dollar verfügt, und mit Hebelwirkungen und Kettenreaktionen haben sie Ost- und Südostasien in die Finanzkrise getrieben.

Der Faktor, der mehr als andere den Krisenausbruch bzw. die Spekulation bewirkt hat, ist die ungenügend vorbereitete Liberalisierung⁹ der inländischen Märkte. Was die Märkte, vor allem die privaten Kapitalnehmer anbelangt, haben sie auch auf die Liberalisierung nicht verantwortungsvoll reagiert. Die privaten Unternehmen suchten die

⁸ Dass die Investoren so schnell wie möglich aus der Krisenregion abgezogen sind, kann zwar im Interesse des einzelnen Investors als rational bewertet werden. Aber ihr Herdenverhalten hat die Krise verschärft und viele von ihnen haben laut IWF Verluste erlitten.

⁹ Die asiatischen Länder fühlten sich aber gezwungen, ihre Wirtschaften zu liberalisieren.

Rendite ohne Rücksicht auf Gefahren, so dass sie hemmungslos Kredite aus dem Ausland aufnahmen, die ihnen wegen der Zinsunterschiede zwar kurzfristig rentabel waren, aber letztendlich zur Überinvestition führten. In gleicher Weise haben sich die ausländischen Investoren verhalten. Sie haben Kredite gegeben im Glauben, dass die asiatischen Schwellenländer weiterhin wirtschaftlich erfolgreich bleiben können und dass deshalb die Finanzmärkte keine Gefahr für eine Kreditgabe darstellen. Trotz alledem muss man sich danach überlegen, warum die Krisenländer den Spekulanten die Möglichkeit zum Spekulieren verschafft hatten. Wie die Länder und die Märkte insbesondere vor der Krise gewirtschaftet haben, kann man somit entweder als Staatsversagen oder als Marktversagen oder sogar als Marktversagen mit Staatsversagen bezeichnen. Es war ein Marktversagen mit Staatsversagen, weil die Märkte nicht auf Effizienz hin das Kapital eingesetzt haben und weil die Staaten dabei über ihre Koordinationsrolle hinaus durch z.B. illegale Vergabe von Sonderrechten die Märkte so stark verzerrt haben, dass die Marktteilnehmer ohne rationales Bedenken in beliebige Bereiche willkürlich investiert und ohne Absicherung Kredite aufgenommen haben.

2.2 Die Wirtschaftskrise Koreas

Im Jahr 1997 wurde das rasante Wachstum Koreas noch einmal nach der Krise Ende der 70er Jahre gebremst. Von den Krisenwellen in Asien seit Juli 1997 wurde nämlich auch Korea erschüttert. Im Angesicht der wirtschaftlichen Indikatoren damals mag plausibel sein, dass die koreanische Wirtschaft von der Krise aus Südostasien angesteckt wurde. In anschließender Erwartung des Absturzes der koreanischen Währung und aufgrund der Abstufung der Kreditwürdigkeit durch Rating-Agenturen verlangten die Gläubiger die sofortige Rückgabe ihrer Kredite und verweigerten die Verlängerung der Rückgabefristen.

2.2.1 Ursachen aus Sicht der koreanischen Regierung

Das ‚Geständnis‘ für politisches Versagen hat die damalige koreanische Regierung nach den schwierigen Verhandlungen mit dem IWF abgelegt. Im ‚Korea-Memorandum on the economic program‘, das am 3. 12. 1997 Kyung-shik Lee, Chef der koreanischen Zentralbank (The Bank of Korea), und Chang-Yuel Lim, Deputy Prime Minister and Minister of Finance and Economy, unterzeichnet zum IWF geschickt haben, stehen auch die Punkte, die oben in dem einige Monate später vom IWF Staff veröffentlichten Schriftstück aufgelistet sind. Die Regierung gab damit zu, dass die interventionistische Politik an ihre Grenze gestoßen sei. Insbesondere hätte diese Politik „an inefficient financial sector and a highly leveraged corporate sector that lack effective market discipline“ (IWF, 1997²) hinterlassen. Weitere Punkte, die die damalige koreanische Regierung als Ursache für die Krise nannte, waren:

- „2. In recent years, the government has implemented structural reforms in a wide range of areas, particularly the financial sector. However, the present financial crisis demonstrates that **a more comprehensive and rapid pace of reforms** is required to achieve a strong and transparent financial system which operates free of political interference and according to the rules and practices of the advanced industrial countries. Such a financial system is essential for the Korean economy to meet the challenges of globalization and return to a path of rapid sustained growth.
3. Until the present financial crisis, macroeconomic performance in Korea was broadly favorable. (...), while the external current account deficit is expected to narrow to less than 3 percent of GDP in 1997. Fiscal policy has remained prudent, with the budget for 1997 projected to record a small deficit. (...).
4. However, since the beginning of the year, an unprecedented number of highly leveraged conglomerates (chaebols) have moved into bankruptcy. **The high rate of bankruptcies reflected a number of factors, including excessive investment in certain sectors, weakening export prices, and the government’s**

greater willingness to allow troubled chaebols to fail. The bankruptcies spilled over into a sharp increase in nonperforming loans (defined according to international standards) to W 32 trillion (7 percent of GDP) by end-September, about double their level at end-1996.

5. The present difficulties in the financial sector stem from **a lack of market orientation in financial institutions combined with lax prudential supervision.** Financial institutions have priced risks poorly and have been willing to finance an excessively large portion of investment plans of the corporate sector, resulting in **high leveraging.** At the same time, the dramatic decline in stock prices has cut the value of banks' equity and further reduced their net worth. These developments have led to successive downgrades of Korean financial institutions by international credit rating agencies and a sharp tightening in the availability of external finance.
6. Korea's external financing situation deteriorated sharply after October 23, following the decline in the Hong Kong stock market and the downgrading of Korea's sovereign risk status by Standard and Poor's. (...) While the contagion effects of developments in Southeast Asia contributed to the current crisis, **the magnitude and speed of the deterioration in the financial situation owed much to the fundamental weaknesses in Korea's financial and corporate sectors**" (ebd., meine Hervorhebung).

Die koreanische Regierung hatte schon lange gemerkt, dass das exportorientierte und deshalb vom Außenhandel stark abhängige Wirtschaften weniger wirtschaftsfördernde Wirkung als vorher hat. Zur rapiden Industrialisierung förderte Korea die Großunternehmen (Chaebol). Um das Kapital zu mobilisieren und um das mobilisierte Kapital intensiver zu nutzen, investierte es die Regierung konzentriert in bestimmte Industrien und Großunternehmen. Das Ergebnis war rasches Wachstum, aber mit Nebenwirkungen. Obwohl etliche Regierungen versuchten, die ineffizienten Industrien umzustrukturieren, tauchte immer wieder diese Unproduktivität der Industrie als Problem auf. Umstrukturiert wurden die Industrien zuerst nicht aufgrund von Marktmechanismen, sondern durch Intervention der Regierung. Mit Versuchen zur Umstrukturierung und der Verstärkung des Marktmechanismus wurde schon Ende der 70er Jahre begonnen. Der Grund für diese Versuche war die ungleiche Entwicklung zwischen Industriezweigen, zwischen der exportorientierten Schwerindustrie und der Konsumgüter für den Binnenmarkt produzierenden Leichtindustrie, zwischen den Großunternehmen und den mittelgroßen und kleinen Unternehmen. Diese Versuche bis Anfang bzw. Mitte der 80er Jahre zielten auch auf die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit. Nach der kurzfristigen Erholung (Wachstumsrate jährlich mehr als 10% zwischen 1986 und 1988) sank der Preisvorteil¹⁰ und wuchs der Druck von außen¹¹, den Markt zu öffnen. So wur-

¹⁰ 1987 gab es große Widerstandsbewegungen in Korea. Als deren Früchte hatten die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt. Der Lohn wurde drastisch erhöht, um mehr als die Steigerung der Produktivität.

wurde Anfang der 90er Jahre die Liberalisierung bzw. Globalisierung der koreanischen Wirtschaft verstärkt angegangen, wobei der weltweite Siegeszug des Neoliberalismus sicherlich eine große Rolle gespielt hat. Der Übergang von protektionistischer Wirtschaftspolitik zur Liberalisierungspolitik war also nicht nur aufgrund der internationalen Situation, sondern auch der inländischen unausweichlich¹². Um den Schock von zu rascher Liberalisierung zu minimieren, vor allem im Finanzsektor, hat die koreanische Regierung versucht, das Tempo zu regulieren. Trotzdem blieb die Öffnung bzw. Liberalisierung des Finanzsektors unzulänglich vorbereitet und die Bankrotte einiger Großunternehmen verschlimmerten die wirtschaftliche Lage Koreas. Die Regierung wollte ihren Willen zeigen, nicht mehr einzugreifen und zu subventionieren, auch wenn sich die koreanische Wirtschaft damit kurzfristig verschlechtern würde. Dann kam die Krise. Als deren direkte Ursachen sah die koreanische Regierung den Mangel an der marktwirtschaftlichen Einstellung der finanziellen Institutionen und deren zu lockere Beaufsichtigung an.

¹¹ Erstmals hatte Korea eine positive Leistungsbilanz.

¹² Siehe Kap. 5.4.

2.2.2 Spekulation oder ‚The Wallstreet-Treasury-IWF Complex‘

Die Anfälligkeit für Krisen beruhte aber insofern nicht allein auf internen Problemen, als man annimmt, dass die koreanische Wirtschaft in Bezug auf die Weltwirtschaft nicht frei von äußerlichen Einflüssen ist, so dass die äußeren Bedingungen die koreanische Wirtschaftsstruktur gewissermaßen formten und diese Anfälligkeit begünstigten. Die schon lange in Rezession befindliche japanische Wirtschaft hatte ihr Kapital ins Ausland verdrängt. Die eingeführte Kreditsumme aus Japan betrug 23,7 Mrd. US-Dollar bei privaten Schuldnern, deren gesamte Kredite beliefen sich auf 103,4 Mrd. US-Dollar Anfang 1998 (vgl. Dieter, 1998, 55, Tabelle 9). Außenverschuldung und Defizite der Leistungsbilanz selbst führen nicht unbedingt zur Finanzkrise, zumal wenn das importierte Kapital ordentlich direkt und indirekt in Produktion investiert wird. Eine Finanzkrise, die durch Außenverschuldung verursacht wurde, hatte Korea schon Anfang der 80er Jahre erlebt. Im Unterschied zur Krise im Jahr 1997 war Korea damals allein in Asien in die Krise geraten. Doch das weitere schnelle Wachstum, bei dem die internationale Konjunktur mithalf, trug zu deren Überwindung bei. Die weiteren Unterschiede bestehen darin, dass die damalige Krise fast hausgemacht war und es hauptsächlich um eine zu hohe öffentliche Verschuldung ging. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Krisen lag aber im Verhalten der Gläubiger. Die heftige Forderung nach sofortiger Ausgleichung der Kredite blieb damals aus.

Anhand der Tabellen, die Dieter (ebd., Tabelle 6 und 9) aufgeführt hat, ist das Verhältnis der privaten zu öffentlichen Krediten fast 2:3 und ein Viertel davon kommt aus Japan. 58,3% der gesamten Kredite¹³ wurden kurzfristig aufgenommen und dann langfristig vergeben (vgl. Chang, et. al., 1998, 738). Als die Krise in Südostasien ausbrach, weigerten sich die japanischen Gläubiger, die Fristen zu verlängern. Daraufhin kam es zu panischen Kettenreaktionen. Ob dabei spekulative Kredite bzw. Spekulationen mit koreanischer Währung eine Rolle gespielt haben, ist noch unklar. Klar geworden ist aber, dass die koreanischen Banken und die bankähnlichen Finanzinstitutionen bei der Aufnahme und Vergabe der Kredite nicht rational genug waren, sich auf Volatilität vorzubereiten. Als ein Grund dafür, dass sie diese kurzfristigen Kredite aufgenommen haben und dass sie sich beim weiteren Ausleihen nicht genügend absicherten, kann die unzureichend vorbereitete Öffnung der Finanzmärkte genannt werden. Ferner wurden die Institutionen auch politisch dazu verleitet, kurzfristige Kredite aufzunehmen, weil ihre internationale Zinssätze viel niedriger als die der langfristigen Kredite waren.

Diese Kredite haben die Finanzinstitutionen in Südostasien investiert, ohne besondere Absicherungen gegen Volatilität.

Zur nicht genügend vorbereiteten Öffnung des Finanzmarktes haben insbesondere die USA beigetragen. Bevor sie die Öffnung des Finanzmarktes verlangten, übten sie seit Mitte 80er Jahre auf Korea in verschiedenen Bereichen Druck aus (vgl. Dieter, 1998, 67–68). Um ihrer eigenen Interessen willen hat die US-Regierung die Interessen Koreas gar nicht berücksichtigt (vgl. Stiglitz, 2002, insbesondere im Vorwort und Kapitel 4). Auch beim Beitritt in die OECD spielte die US-Regierung eine große Rolle, aber nicht nur im positiven Sinne. „The March 1992 bilateral talks were its [the continued pressure from the US government to open the financial market] culmination, and it was the agreement arising from these talks that formed the basis for the 1993 financial liberalisation programme. The decision of the Kim government in 1993 to apply for membership of the OECD also subjected Korea to further external demands for financial market liberalisation“ (Chang, et al. 1998, 738). Stiglitz wies noch konkreter auf die Rolle des amerikanischen Finanzmarktes hin. „Südkorea erkannte, dass anhaltendes Wachstum und Integration in die Weltmärkte ein gewisses Maß an Liberalisierung beziehungsweise Deregulierung seiner Finanz- und Kapitalmärkte erfordern würde. Südkorea war sich auch der Gefahren einer mangelhaften Deregulierung bewusst: (...) Daher hatte Südkorea seine Liberalisierungsstrategie sorgfältig ausgearbeitet. Diese Öffnung ging jedoch der Wall Street zu langsam, wo man profitable Geschäftschancen witterte und nicht warten wollte. Obgleich die Wall Street für die Grundsätze der freien Marktwirtschaft und eine beschränkte Rolle des Staates eintreten, waren sie sich doch nicht zu gut, die Regierung um Unterstützung für ihre Anliegen zu ersuchen.“ (Stiglitz, 2002, 123). Was beim Beitritt zur OECD und bei der Öffnung des Finanzmarktes geschehen ist, haben Kristof und Sanger in einer Serie ‚Global Contagion‘ noch näher geschildert. Die hochrangigen Finanzbeamten der US-Regierung waren sich der Gefahr, die unzulänglich vorbereitete Öffnungen mit sich bringen, schon bewusst, vor allem aus den Erfahrungen mit Lateinamerika. Der Druck hin zur Öffnung wurde trotzdem ausgeübt, weil die amerikanische Finanzindustrie in den Markt eintreten wollte (Kristof/Sanger)¹⁴. Die Politik zielte klar darauf ab, „to use the OECD, as a way of prying open Korean markets – in part to win business for American banks and brokerages“ (ebd. A11). Die-

¹³ Der Anteil der kurzfristigen zu langfristigen Krediten variiert nach Datum, Institution oder auch Zweck der Erfassung von Daten.

¹⁴ Das dreiseitige interne Memorandum, das von Treasury Department am 20. Juni 1996 angefertigt wurde, beinhaltet: „letting foreigners buy domestic Korean bonds, letting Korean compa-

ses Ziel und die Absichten der amerikanischen Finanzpolitik sind während der Krise noch offenkundiger geworden. Inmitten der Krise, kurz nach dem Ausbruch, zeigte sie ein noch schlechteres Gesicht. Die Vorschläge von Japan und Taiwan Mitte 1997, für die Überwindung der Krise einen asiatischen Fonds, zu gründen, wurden von den USA mehrmals abgelehnt. Am Rande eines jährlichen Meetings in Hongkong von IWF und Weltbank Ende September bis Anfang Oktober 1997 hat die US-Regierung sogar das Zusammentreffen und die Beratungen zwischen asiatischen Krisenländern unterbrochen¹⁵. Die USA wollten nämlich alle Bemühungen zur Überwindung der Krise nur durch den IWF vermitteln, der sowieso unter ihrer Kontrolle steht. Wade und Veneroso weisen darauf hin, dass der Westen und Japan Gewinner der asiatischen Krise seien (Wade/Veneroso, 1998, 20). Nicht zuletzt sind die hohen Kurse des amerikanischen Aktienmarktes nach der Krise der Beweis dafür¹⁶, weil die Finanzströme aus Asien dafür verantwortlich waren.

nies borrow abroad both short term and long term, and letting foreigners buy Korean stocks more easily“ (ebd. S. A10).

¹⁵ „The Japanese vice-minister of finance for international affairs called a meeting of senior Asian finance officials without informing the Americans. When word reached Treasury Under Secretary Summers he left his meeting, entered the room where the Asian officials were gathered, sat down at the table and said, ‘Now where were we?’. From a source who requests anonymity“ (Wade, 2002, S. 17, Fußnote 50, nur in alter Onlineversion).

in: <http://www.lse.ac.uk/Depts/destin/workpapers/gestaltshift.pdf>.

¹⁶ „The record-breaking rise in American stocks has been propelled partly by capital coming out of Asia“ (Wade, 2002, S. 17).

2.2.3 Strukturelle Probleme

Im Allgemeinen wird angenommen, dass verschiedene Faktoren wie der Schock aus Südostasien, die amerikanische Interessenpolitik und die kumulierten und latent gewordenen Strukturprobleme der koreanischen Wirtschaft die Währungs- und Wirtschaftskrise Koreas verursacht haben. Der letzte Faktor, also die internen Probleme, die den Ausbruch der Krise begünstigt haben, gliedern sich wiederum in drei Aspekte: die unzureichend vorbereitete Liberalisierung des koreanischen Marktes, die Industrialisierungspolitik und die Politik der Unternehmen einschließlich der Probleme von corporate governance. Alle diese Faktoren wurden mit unterschiedlichen Gewichtungen je nach der Theorierichtungen bzw. der Sichtweise der Beobachter betont, so dass man keine Übersicht über die entscheidenden Ursachen vor Augen hat. Die einfachste Lösung, den Vorgang des Krisenausbruchs zu erklären, wäre die Zusammenstellung dieser verflochtenen und verwirrenden Faktoren, und zwar in umgekehrter Reihenfolge. Dann kann die Wirkungsweise dieser Faktoren herausgestellt werden. Bevor die koreanische Wirtschaft in die Krise geriet, gab es die Währungskrise, die von einem kurzfristigen Liquiditätsproblem ausgelöst wurde. Dieses Problem entstand durch die Öffnung des Finanzmarktes. In dieser Phase haben die amerikanische Interessenpolitik und die Krise der südostasiatischen Länder eine gewisse Rolle gespielt. Die Öffnung des Finanzmarktes fand in Rahmen der breiten Liberalisierung der koreanischen Wirtschaft statt, die Anfang der 80er Jahre und noch intensiver ab den 90er Jahren in Gang gesetzt wurde. Die Liberalisierungspolitik ging mit der Globalisierungswelle einher. Bei der Liberalisierung einschließlich der Öffnung des koreanischen Finanzmarktes und der Globalisierung der koreanischen Gesellschaft hat die amerikanische Finanzpolitik immer eine große Rolle gespielt. Nicht aber nur der Öffnungs- und Globalisierungsdruck von außen, sondern auch die interne Wirtschaftslage haben diese Maßnahmen verlangt. Die kumulierten und latent gewordenen Strukturprobleme der koreanischen Wirtschaft mussten einer Lösung zugeführt werden.

Der Erfolg der exportorientierten Industrialisierung Koreas setzte voraus, dass die koreanischen Produkte komparative Kostenvorteile haben. Mit wenig Kapital und bei niedrigem Technologieniveau hat Korea solche Vorteile nur durch arbeits- und kapitalintensive Industrien mit niedrigen Löhnen geschaffen. Dabei wird die Arbeiterbewegung systematisch unterdrückt¹⁷. Die ungleichgewichtige Wachstumsstrategie Koreas resultierte mit der Zeit in ungleicher Entwicklung zwischen Industrien, zwischen Regio-

nen und zwischen sozialen Schichten. Die Vertiefung der Ungleichheit führte zu gesellschaftlichen Konflikten und hatte schließlich zur Folge, dass die Arbeiterschaft den großen Widerstand organisierte. Den bis dahin größten Erfolg hat die koreanische Arbeiterbewegung im Jahr 1987 mit dem politischen Aufbruch erlebt. In diesem Jahr gab es 3.749 Streiks, die sich damit im Verhältnis zu den gesamten Streiks in den letzten 10 Jahren vor 1987 zahlenmäßig fast verdoppelt haben¹⁷. Daraufhin wurden die Real-löhne drastisch erhöht. Im Jahr 1989 betrug die Zuwachsrate 14,5%, und zwischen 1987 und 1995 haben sie durchschnittlich um 8,2% zugenommen¹⁸. Die Mobilisierung und die anschließenden Lohnerhöhungen waren zwar dem vorausgegangenen politischen Umbruch und den rekordwürdigen Gewinnen der Unternehmen sowie den drei günstigen internationalen Faktoren, der niedrige Ölpreis, der niedrige internationale Zinssatz und der niedrige US-Dollarkurs, zu verdanken (Kim, 1998, 345). Die Lohnerhöhungen waren jedoch von großer Bedeutung, nicht nur für die gesamte Arbeiterschaft, sondern auch für die koreanische Wirtschaft. Seit 1991 ist die Zuwachsrate der Reallöhne eher moderat geworden, blieb jedoch höher als die Rate vor 1987²⁰. Die erhöhten Löhne haben jedoch einen Druck auf den komparativen Kostenvorteil ausgeübt. Da sie mit dem großen gesellschaftlichen Wandel, vor allem mit dem politischen Umbruch, einhergingen, war es nicht mehr möglich, die inzwischen groß gewordenen Gewerkschaften wie früher zu unterdrücken.

So wurde Korea mit einer so genannten ‚high-cost and low-efficiency‘-Situation konfrontiert. Die neu gebildete Regierung vom Kim, Young Sam (1993-25.02.1998) hat die Globalisierung als den Ausweg gesucht. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung zielte auf Öffnung, Autonomisierung der Unternehmen und Deregulierung ab. Die ‚Neue Wirtschaftspolitik‘ der Regierung von Kim, Young Sam stellt eine koreanische Version des Neoliberalismus dar. Themen wie Flexibilität, Innovation der Technologie, Wettbewerbsfähigkeit auf dem freien Markt, Liberalismus der Unternehmen oder auch Öffnung des Finanz- und Bankensektors wurden sofort lebhaft diskutiert. Laut Cho hat die Verbreitung der neokonservativen Wirtschaftspolitik unter dem koreanischen System der politischen Ökonomie zur Folge, dass die Politik als Hilfe für Großunternehmen (Chaebol) funktioniert, die schon mit ‚globalisierten Unternehmensstrategien oder Stra-

¹⁷ Für die ausführliche Darlegung der schlechten Arbeitsbedingungen und der Unterdrückungspolitik gegen Arbeiterbewegungen siehe u.a. Werning (1988), insbesondere S. 75–168.

¹⁸ Vgl. Cho, 1994, Tabelle 5.7 Labor disputes by causes, 1975–92.

¹⁹ Konkret waren es 6,9% (1987), 7,8% (1988), 9,4% (1990), 7,5% (1991), 8,4% (1992), 7,0% (1993), 6,1% (1994) und 6,4% (1995) (Kim, 1998, S. 341, Tabelle 2: Entwicklung der Arbeitsbedingungen).

²⁰ Die durchschnittliche Rate zwischen 1980 und 1986 lag bei 5,6% (Kim, 1998, 341, Tabelle 2).

tegien von Weltunternehmen' energisch nach Integration in den Weltmarkt gestrebt hatten. Sie könnten mit dieser Politik noch mehr freien Raum haben, neu im In- und Ausland investieren und ihre Geschäftsbereiche erweitern (vgl. Cho, 1999, 310–311). Die neoliberale Politik schien besser zur mehr demokratisierten koreanischen Gesellschaft zu passen. In dieser Phase herrschte in Korea die neoliberalistische Welle so stark, dass die Märkte ohne die über 20 Jahre dauernde staatliche Intervention zügig selbständig wurden, und die Wettbewerbsfähigkeit Koreas somit weiter bestand oder sogar verstärkt wurde²¹. Es herrschte einfach, wie Radelet und Sachs bemerkten, die Euphorie des Marktes (vgl. Radelet/ Sachs, 1998, 1).

Tabelle: Außenverschuldung (Mrd. US-\$, %)

	1970	1980	1990	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
TEL	--	--	31,7	43,9	97,4	127,5	163,5	159,2	148,7	136,5
EDT	2,6	29,5	35,0	47,2	72,4	85,8	115,8	137,0	139,1	129,8
STD	0,6	10,6	10,8	12,2	31,6	46,6	66,6	53,8	28,1	34,7
INT	0,08	2,9	2,6	2,9	3,1	6,0	6,8	7,0	8,2	6,9
EDT/GNP	28,7	48,5	13,9	13,7	18,0	17,6	22,3	28,9	44,5	32,3
INT/GNP	0,9	4,7	1,0	0,8	0,8	1,2	1,3	1,5	2,6	1,7

Quelle: Global Development Finance, 2001, World Bank, S. 316. Aufgerundet.

TEL: Total External Liabilities, EDT: Total Debt Stocks, STD: Short-term debt, INT: Interest payments.

Mit dem Auslaufen der Liberalisierungs- und Globalisierungspolitik der neuen Regierung wurden die alten Strukturen bzw. Beziehungen wiederhergestellt. Die Großunternehmen haben in technologieintensive neue Industrie wie Maschinenbau oder Elektronik investiert, die mittelgroßen und kleinen Unternehmen sind technologisch wieder von Großunternehmen abhängig geworden. Diese Umstrukturierung der Industrien verlangte erneute Investition der Unternehmen in großem Umfang. Diese aggressiven Investitionen der Unternehmen haben einen Mangel an Kapital verursacht, und das mangelnde Kapital haben sie sich teils direkt aus dem Ausland, teils von der Bank besorgt. Seit der Liberalisierung und der Öffnung des Finanzmarktes dürfen auch die privaten Banken ohne nennenswerte Genehmigung der Regierung aus dem Ausland Geld leihen.

²¹ Die Liberalisierung und die Öffnung der koreanischen Märkte waren eigentlich schon seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre im Gang. Der Druck der erhöhten Löhne auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Liberalisierungspolitik haben zum Auszug der arbeitsintensiven Industrien ins Ausland geführt. Die Struktur zwischen den Unternehmen wurde so geändert, dass die mittelgroßen und kleinen Unternehmen mehr gefördert wurden und somit eine neue, relativ gleichberechtigtere Beziehung zwischen ihnen als Lieferanten und den Großunternehmen als Auftraggeber entstand, obschon die Großunternehmen immer noch die Oberhand behielten.

Die Summe der privaten Kredite hat so seit der Liberalisierung drastisch zugenommen und sie hat als der auslösende Faktor koreanischer Finanzkrise und damit Wirtschaftskrise fungiert.

2.3 Asiatische Werte

Das so genannte asiatische Entwicklungsmodell wurde mit der Asienkrise 1997 wiederum unter die Lupe genommen. Bis diese Krise ausbrach, galten die ost- und südostasiatischen Länder dank ihres schnellen Wachstums als Vorbild für andere Entwicklungsländer und auch für den ehemaligen Ostblock. Die Beobachter haben aus den Entwicklungswegen in der Region ein Modell herausgebildet: das asiatische Entwicklungsmodell, das besagt, dass die Entwicklung von starken und leistungsfähigen Staaten mit Hilfe ausgewogener Entwicklungspläne ermöglicht wurde. Die Staaten haben alle mobilisierbaren Ressourcen für die Entwicklung bzw. Industrialisierung einsetzen können. Man hat sich nun gefragt, was gegenüber den Entwicklungsländern in anderen Regionen diese Mobilisierung ermöglicht hat, und fand heraus, dass Asien eben eine andere Kultur hat. Und diese Kultur umfasst andere Werte: asiatische Werte. Thomas Heberer u. a. hat 10 Punkte aufgelistet:

„In der westlichen Diskussion werden überwiegend folgende Werte als ‚asiatisch‘ aufgeführt:

- Kollektiv- statt Individualbezogenheit, Gruppen- vor Eigeninteresse;
- Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft haben Vorrang vor individuellen Rechten und Freiheiten;
- paternalistische, familienorientierte, konsensuale und klientelistische politische Verhaltensmuster;
- politisch hierarchische Strukturen mit vertikalen Entscheidungsmustern;
- Achtung und Akzeptanz von Autorität und Ordnungsdenken;
- hoher Stellenwert persönlicher Beziehungen;
- Harmoniebedürfnis und Konsens statt Konfrontation, Konflikt und Wettbewerb;
- Erziehung vor Bestrafung, Lernen durch Nachahmung;
- Vorrang von Ethik und Moral vor dem Recht;
- spezifische Werte der Wirtschaftsgesinnung: Fleiß, harte Arbeit, Sparsamkeit, Selbstdisziplin, Gehorsam, Ausdauer.“ (Heberer, 1997, 12–13)

Kurz gesagt, Kollektivismus, Harmonie, Loyalität und Gehorsam sind hohe asiatische Werte. Ferner wird behauptet, dass diese Werte aus dem Konfuzianismus stammen. Noch zu ergänzen ist, dass es sich in dem Diskurs über konfuzianistische bzw. asiatische Werte nur um Ost- und Südostasien handelt. Was in Bezug auf Diskurs über die asiatischen bzw. konfuzianistischen Werte wichtig ist, sind die Fragen, welchen Stellenwert kulturelle Werte im Allgemeinen für die gesellschaftliche Entwicklung haben und wie sich diese asiatische Werte insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt haben. Dafür sollte man zuerst betrachten, wie diese Debatte entstanden ist.

Das Konzept der „asiatischen Werte“ wurde zuerst vom ‚Westen‘ erfunden. Im 17. Jahrhundert wurde von Missionaren nach ihren Chinareisen behauptet, dass Europa

von Asien, genau gesagt, von China lernen sollte, nachdem sie über das Entwicklungsniveau des damaligen China verwundert waren. Ab dem 19. Jahrhundert wurde Asien als zurückgebliebene Region vorgestellt, während Europa sich durch die industrielle Revolution u. a. weiter entwickelt hat. Nach dem wirtschaftlichen Erfolg ab Mitte des 20. Jahrhunderts wurde Asien wieder gelobt. Diesmal hat Westen herausgefunden, dass dieser Erfolg aufgrund der kulturellen Besonderheit, also der konfuzianisch geprägten Lebensführung, die von den oben genannten Werten geleitet wird, ermöglicht wurde. Die Herrschaftsethik des Konfuzianismus, vor allem mit Werten wie Loyalität oder Gehorsam, wurde dabei betont. So z.B. hat Samuel Huntington in ‚Political Order in Changing Societies (1968)‘ den autoritären Regierungen in Ost- und Südostasien einen ideologischen Grund gegeben. Ein starkes und lenkendes politisches System „könne Entwicklungsprozesse in Gang setzen und dabei die nötige politische Stabilität und Ordnung, der seine Hauptsorge gilt, garantieren. Demokratie als Ziel könne zwar angestrebt werden, sei aber als Entwicklungsfaktor kontraproduktiv“ (Lee, E. J., 1997, 12–13). Diese Logik hat den autoritären asiatischen Regierungen und Eliten den Rücken gestärkt; so haben sie Ethik in konkrete Politik umgesetzt.

Später werden im Westen noch einmal diese Herrschaftsethik des Konfuzianismus und das Arbeitsethos aus Ost- und Südostasien von Neokonservativen hervorgehoben. Nach Auffassung von Lee haben die Neokonservativen versucht, mit der Gegenüberstellung von asiatischen und westlichen Wirtschaften ihre Politik zu verteidigen, welche die stagnierende bzw. zurückgehende Wirtschaftsleistung in Europa in den 70er und 80er Jahren durch Kürzungen von Sozialleistungen wiederbeleben sollte. Die Neokonservativen behaupteten, dass der Niedergang der westlichen Wirtschaft, der an geringerer Wachstumsrate, steigender Arbeitslosigkeit und größer werdendem Schuldenberg gemessen wird, auf den zunehmenden Hedonismus und die Kosten der Sozialleistungen zurückzuführen ist, während Asien mit seinen anderen Werten weiter und schnell gewachsen ist. Nach der Vorstellung der Neokonservativen arbeiten Asiaten fleißig, hart und diszipliniert. Da diese Werte des Arbeitsethos hauptsächlich vom Konfuzianismus stammen, nennen sie den asiatischen Kapitalismus den konfuzianischen Kapitalismus. „Zudem sahen sie im wirtschaftlichen Aufstieg Japans und anderer ostasiatischer Länder eine Gefahr für die westliche Hegemonie“ (Lee, E. J., 2001, 61). Sie haben so die Konfuzianismusthese ideologisiert, da sie die Widerstände der Arbeiterschaft gegen ihre Politik überwinden wollten.

Solche Ideologisierung fand jedoch nicht nur im Westen statt, sondern auch in Asien, vor allem wo die Regierungen Legitimationen für ihre autoritäre Herrschaft dringlich

brauchten. Nicht nur in Singapur, wo der damalige Premierminister Lee, Kuan Yew als vehementer Verfechter der Konfuzianismusthese regierte, sondern in China, Malaysia und auch in Korea war die These eine willkommene Waffe zur Verteidigung der Herrschaft. Präsident Park, der nach dem Militärputsch vom 16. 5. 1961 die Macht übernommen hatte, geriet immer stärker in die Legitimationskrise. Obwohl er schon zweimal, im Jahr 1963 und 1967, die Wahlen gewonnen und seinen Wirtschaftsplan mit Erfolg abgeschlossen hatte, stieß er auf immer stärker gewordene Widerstände aus der Opposition und der Bevölkerung, die mehr Demokratie wollten. Für den Aufbau Koreas hatte er zuerst die konfuzianistische Tradition als schädlich bewertet, und zwar hatte er „traditionale Verhaltensmuster wie Fraktionalismus und Nepotismus dafür verantwortlich gemacht, dass Korea seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hinter anderen aufstrebenden Nationen zurückgeblieben war, (...)“ (Lee E. J., 1997, 80). Er lehnte aber auch die Demokratie ab, denn sie wurde vermeintlich aus dem Westen importiert und sei daher für Korea nicht geeignet. Stattdessen erfand er die ‚koreanisierte Demokratie‘, die aus der formalen Demokratie und der Herrschaftsideologie des Konfuzianismus zusammengesetzt wurde. Diese Herrschaftsideologie, die hauptsächlich das Verhältnis zwischen Herrscher und Beherrschten betont, wurde immer mehr verstärkt, so dass er schließlich als „Supervater der Nation“ (ebd., 81) dastand. Die kollektivistischen Werte wurden so angewendet, dass für die Nation bzw. die nationale Entwicklung die individuellen, speziellen Interessen unterdrückt werden sollten. Jede Auseinandersetzung, die angeblich die öffentliche Ordnung stört, muss, wenn nötig auch mit Gewalt, unterdrückt werden.

Gegenüber Korea hat Singapur einen anderen Weg zur Ideologisierung der asiatischen Werte beschritten. Lee, Kuan Yew, der Premierminister Singapurs zwischen 1959 und 1990, gilt als der vehementeste Verfechter der asiatischen Werte. Während der Bildungs- und Stabilisierungsphase des Staates und der anschließenden Industrialisierungs- bzw. Entwicklungsphase hat er eher mit ‚westlichen Werten‘ regiert, blieb aber dennoch autoritär. Wie in anderen Schwellenländern Ostasiens wie Korea und Taiwan, wuchsen auch in Singapur mit der Entwicklung die Widerstände gegen seine Autorität. Zudem wurde er vom Westen wegen Menschenrechtsverletzungen immer lauter kritisiert. Je stärker die Widerstände und Kritik wurden, desto mehr schränkte er deren Wirkungskreis ein. Dabei geriet er aber in einen Zielkonflikt, als er plante, Singapur in eine moderne Informationsgesellschaft und ein Zentrum für Hochtechnologie, worin er die zukünftige Rolle Singapurs sah, zu verwandeln. Denn ohne demokratische Institutionen, z.B. Meinungsfreiheit, ist ein solches Ziel kaum zu erreichen, weil das politische

Bewusstsein der Bevölkerung inzwischen so groß entwickelt ist, dass er sie mit alten autoritären Methoden kaum mehr überzeugen und mobilisieren kann. Lee sah in der Konfuzianismusthese eine Lösung dieses Konfliktes. Denn die These besagt, dass Gehorsamkeit und Disziplin die wesentliche Merkmale der konfuzianistischen Kultur seien und gerade sie die wirtschaftlichen Erfolge dieser Länder ermöglicht haben. Logischerweise war das wichtigste Ziel dieser Konfuzianisierung der Gesellschaft, „der Bevölkerung Singapurs und ‚entfremdeten‘ Jugend, möglichst rasch die ‚traditionellen Werte‘ des Ostens einzupflanzen“ (ebd., 68). In Singapur kann man also wie in Korea eine Ideologisierung der konfuzianistischen Kulturmerkmale²² beobachten. Die konfuzianischen bzw. asiatischen Werte fungierten als Legitimationsgrund, insbesondere jener Regierungen, die als autoritär galten bzw. noch gelten. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung wuchsen die Forderungen der Bevölkerung nach gerechter Verteilung und somit auch nach mehr Demokratie. Taiwan und Korea haben diesen Weg eingeschlagen. Die Demokratisierung in beiden Ländern hat ab Mitte der 80er Jahre große Fortschritte gemacht. Damit kann man fragen, ob die konfuzianischen oder asiatischen Werten nur gegen die Entwicklung der Demokratie wirken.

Bei manchen Diskussionen über asiatische Werte geht es um die Demokratie und die Menschenrechte, auf die die asiatischen Werte negative Wirkungen haben sollen. Wie im Falle Singapurs und Koreas deutlich geworden ist, nutzen Politiker die kulturellen Traditionen zu ihren Gunsten. Wenn mit der Zeit und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie mit dem wachsenden politischen Bewusstsein der Bevölkerung ihre Willkür enthüllt und somit offenkundiger wird, schlägt das Volk zurück. So wird die Universalität der Demokratie behauptet und die autoritäre Regierung verfällt, manchmal auch durch eine Art Revolution. Dieser Zusammenhang zwischen der Entwicklung von Wirtschaft und dem Wachstum von Demokratie wird vor allem von Entwicklungs- oder Modernisierungstheoretikern betont. So misst Senghaas (Senghaas, 1995) den asiatischen Werten keinen besonderen Stellenwert für Asien bei. Die kollektivistischen Werte gab es schon in den alten Geschichten, und zwar in allen traditionellen Gesellschaften²³. Ob sie dominant werden, hängt von den Entwicklungsstadien und der Nutzbarkeit des Propagierens dieser Werte ab. Nach ihm ist die Individualisierung der Gesellschaft unausweichlich, zumal wenn die Gesellschaft weiter industrialisiert und damit ausdiffe-

²² Lee, Kuan Yew hat später die konfuzianischen Werte als „asiatische Werte“ umgenannt. Dies aber nicht ohne Grund. (s. S. 39, Fußnote 25).

²³ Den entscheidenden Unterschied, warum einige Regionen mit kollektiven Werten sich schon wirtschaftlich und gesellschaftlich entwickelt haben, während andere Regionen mit gleichen Werten sich nicht so weiter entwickelt haben, hat er nicht begründet.

renziert wird. Anders als in den Regionen, wo „die breitenwirksamen Entwicklungserfolge in absehbarer Zeit nicht erwartbar sind“ (ebd. 12), ist die Politik in Ost- und Südostasien von solchen Entwicklungserfolgen bestimmt. Deshalb kommt Senghaas zu dem Schluss: „Ihr Ergebnis wird der demokratische Verfassungsstaat mit *asiatischem Lokalkolorit* sein“ (ebd., meine Hervorhebung). Seine Sichtweise entspricht den gängigen Sichtweisen von ‚westlichen‘ Modernisierungstheorien, die Demokratie und Wirtschaft des Westens als allgemeines Entwicklungsziel sehen. Weil er nur eine relativ kurze Abhandlung über kollektivistische und damit asiatische Werte geschrieben und uns stellenweise angedeutet hat, wie die Bevölkerung darauf reagiert hat, sind die speziellen Grundlagen dieser politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Ost- und Südostasien zu wenig berücksichtigt. Die These, dass die wirtschaftliche Entwicklung Demokratisierung mitbringen kann und konnte, scheint sich in Asien im Falle Koreas und Taiwans bestätigt zu haben. Andere Länder in Südostasien haben aber andere gesellschaftliche und geschichtliche Hintergründe als Korea und Taiwan. Ferner hat Singapur, das von dem vehementesten Verfechter der Konfuzianismusthese regiert wurde, längst diese wirtschaftliche Entwicklungsphase hinter sich.

Die anderen Länder in Südostasien sind in der Phase, in der ein sozialer Umbruch entstehen kann. Die Ideologisierung der asiatischen Werte kann auch hier den Regierungen den Rücken stärken, so dass sie ihre Herrschaft weiter behaupten können. Diese Länder und China haben jedoch nicht nur aus Sicht der Entwicklungsstadien, sondern auch in Bezug auf kulturelle und religiöse Integration einen anderen Charakter als Korea und Taiwan. Dass die asiatischen Werte zurzeit hauptsächlich in Südostasien so kräftig betont werden, hat also Gründe nicht nur auf Seiten der Politiker, sondern auch auf Seiten der Bevölkerungen selbst. Die meisten Länder in Ost- und Südostasien haben die Kolonialzeiten hinter sich, in denen sie unter verschiedenen Kolonialmächten leiden mussten, wenngleich sie nicht im gleichen Maß Härten erlitten haben. Die Erfahrungen mit den Kolonialmächten sind mit den Befreiungen nicht einfach vergeben und vergessen. Sie bleiben lange im kollektiven Gedächtnis der leidgeprüften Bevölkerung. Das Unbehagen gegenüber dem Westen wuchs weiter, als man fühlte, wie er sich in die innere Angelegenheit einzumischen versuchte. Das wurde deutlich, als die westliche Außenpolitik, vor allem die der USA, die Menschenrechte in Asien thematisierte. Sie demonstrieren damit ihre kulturelle Überlegenheit neben der politischen und ökonomischer Vorherrschaft. Der Westen hat nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und damit dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes die Entwicklungshilfe immer stärker an Bedingungen wie Menschenrechts- und Demokratisierungsfragen geknüpft. „In

Ostasien wird von daher das Heraufziehen eines ‚neuen Kolonialismus‘ befürchtet“ (Heberer, 1997, 24). So haben die asiatischen Länder die Kritik insbesondere an Menschenrechtsverletzungen als kulturfremd oder irrelevant für ihre Entwicklungen zurückgewiesen. Was das Abwehrverhalten asiatischer Länder gegen westliche Forderungen noch stärker und legitim gelten ließ, sind die Doppelstandards, ja sogar die Doppelmoral des Westens. Der Westen hat die Verbesserung der Menschenrechte in Asien verlangt, während vor allem die USA aus eigenen ökonomischen und Sicherheitsinteressen die immer wieder Menschenrechte verletzenden Diktaturen wie Korea, Taiwan oder Südvietnam unterstützt hat. Darüber hinaus hat „der Westen zwar Humanität, Gleichheit und Gleichberechtigung propagiert, in der Tagespolitik aber nicht beachtet. Auch sind die USA bis heute dem Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte von 1966 noch nicht beigetreten“ (ebd., 18). Die asiatischen Länder haben die Menschenrechte als vage und deshalb nicht durchsetzbar bewertet. Diese Rechte²⁴ „stellten keine einklagbaren Individualrechte dar, sondern seien lediglich eine Handlungsvorgabe für einzelne Staaten, nicht aber verbindliche Menschenrechte. Auf diese Weise demonstrieren westliche Länder, allen voran die USA, dass sie alleine definieren, was Menschenrechte sind und was nicht“ (ebd., 19). Die Politiken des Westens, die neben eigenen Interessen auch die Verbesserung der Menschenrechte in Asien anzielen, wurden als eine Einmischung in die eigenen Angelegenheiten angesehen. Wegen der Erfahrungen aus Kolonialzeiten wecken diese Politiken ein unbehagliches Gefühl in der Bevölkerung. Für die Regierungen eröffnet das die Möglichkeit, die Menschenrechte zugunsten der Verfechtung der asiatischen Werte zurückzustellen.

Nach den Kolonialzeiten gerieten viele asiatischen Länder in einen neuen Konflikt, einen Binnenkonflikt. Am deutlichsten haben sich die Konflikte in Vietnam und Kambodscha oder auch in Korea gezeigt. Mit Massakern und dem Krieg zwischen politischen Kontrahenten sowie vielen Klassenkämpfen in der Region hat die Bevölkerung erfahren, welche Wirkungen gesellschaftliches Durcheinander für sie haben kann. Solche Erfahrungen bleiben stark im Gedächtnis der Beteiligten und auch der Unbeteiligten. Ferner sind diese Länder ethnisch und religiös nicht homogen. Vor allem die Chinesen

²⁴ Nach Heinz beinhaltet das westliche Menschenrechtverständnis folgende Hauptelemente: „die Anerkennung der universalen Menschenrechtsstandards, deren internationale Überwachung durch die Vereinten Nationen und die Akzeptanz von Ermittlungen durch private Menschenrechtsorganisationen (dennoch gibt es natürlich auch in westlichen Ländern Menschenrechtsverletzungen). Generell liegt die Betonung auf dem Schutz politischer und bürgerlicher Rechte, während die Gewährleistung wirtschaftlicher und sozialer Rechte von deutlich geringerer Bedeutung ist“ (Heinz, 1995, 12).

sind in der Region weit verbreitet und bilden zahlenmäßige Minderheiten, sie gehören aber zur wirtschaftlich stärksten Ethnie in den jeweiligen Gesellschaften. In ganz Südostasien gibt es jede erdenkliche und alle in der Welt existierenden Religionen: von Schamanismus über Buddhismus bis zum Christentum. Die Reichweite des Konfuzianismus umfasst Ostasien und, nach Süden, Nordvietnam. Die ethnische Heterogenität wuchs auch mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Wie Kieserling beschreibt, beträgt die Zahl der Auswanderer, die auf der Suche nach Arbeitsplätzen das Land verlassen haben, allein in China zurzeit über 100 bis zu 150 Millionen je nach Zählung (Kieserling, 2001, 14). Ferner sucht er die Gründe, warum Politiker in der Region auf die asiatischen Werte setzen und die Bevölkerung durch die alten diffusen Normsysteme verunsichert ist, im rapiden gesellschaftlichen Wandel, der durch die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt wurde. Der Wandel betrifft nicht nur die Wirtschaftsentwicklung, sondern auch die Veränderung der Bedingungen für die Konstitution von Identität. Neben der Migration stellt die Urbanisierung, die mit wirtschaftlicher Entwicklung sehr schnell vorangetrieben wird, Probleme für die Identität dar. Denn die Region hat sich mit enormer Geschwindigkeit urbanisiert, und so sollen sich auch die Bewohner an die sich so rasch verändernde Umwelt gewöhnen. Die rapide Urbanisierung geht auch mit Problemen wie ungleiche Entwicklung zwischen Stadt und Land und zwischen einzelnen Zonen in den Städten einher. Diese ungleiche und ungerechte Entwicklung in einem Staat bringt Probleme für die soziale Integration mit sich. So ist es offensichtlich, „dass beide Prozesse: Migration und Urbanisierung, sowie permanenter Wandel der städtischen Umwelt Folgen für die Kontinuität und Stabilität von Normensystemen als einem Teil der Identität haben müssen – erst recht dann, wenn die überkommenen Normensysteme zwar in einer ländlichen Umgebung funktional waren, aber in einer High-Tech-Metropole dysfunktional werden“ (ebd., 15). Während die Regierungen und deren Eliten Normen brauchen, die die Bevölkerung gut funktionieren lassen, braucht die Bevölkerung die stabilen Normensysteme. Mit anderen Worten, für beide Gruppen haben die Normen bzw. Werte die Funktion der Integration, vor allem von Immigranten. Kieserling bezweifelt aber, ob die konfuzianistischen Werte als leitende Werte dieser Gesellschaften etabliert werden können. Die ethnische und religiöse Heterogenität selbst könne als Störfaktor diesen Integrationsversuch hindern. Ihm scheint deshalb das Ziel der Etablierung der asiatischen, genauer, der konfuzianistischen Werte als real leitende Werte, unrealistisch, „wenn diese Normen zu inhaltsleeren Formeln degenerieren“ (ebd., 17). Heberer sucht den Grund des asiatischen Widerstandes gegen die westliche Staatsvorstellung in dem Integrationsproblem von verschiedenen Ethnien

(Heberer, 1997, 26–27). Die südostasiatischen Länder sind nicht nur mit den Problemen der Modernisierung der Gesellschaft, sondern auch mit dem der Integration der heterogenen Gruppen in der Gesellschaft konfrontiert. Dabei ist die freiwillige Konstituierung zu einer Nation mit gleichen Rechten und Pflichten für verschiedene Ethnien hier nicht möglich. In Asien herrscht andere Vorstellung vom Staat, wie das chinesische Wort für ‚Staat‘ zeigt. Dieses Wort setzt sich aus Staat und Familie zusammen. Die gesellschaftliche Integration wollen diese Länder mit einer Ordnung im asiatischen, konfuzianischen Sinne der Familie erreichen. Die leitende Gruppe soll nämlich die Nation führen, wie ein Familienvertreter (überwiegend der Vater) in der hierarchischen Familie andere Familienmitglieder führt.

Welche politische Rolle spielen die asiatischen Werte für die gesellschaftliche Entwicklung? In Asien werden die kollektivistischen Werte für den Zusammenhalt der Gesellschaft betont. Die Betonung der asiatischen Werte scheint politisch zu sein, so dass die Regierungen damit ihre autoritären Führungen legitimieren. Diese Werte können sogar die fiktive Konstruktion der Vergangenheit für gegenwärtiges Betreiben von Politik legitimieren²⁵. Solche Legitimation wurde aber auch im Westen versucht. Darüber hinaus waren und sind sie in Asien die Abwehrideologie gegen Drohungen des Westens und die nationale Integrationsideologie. In Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung zählen Werte wie Fleiß, harte Arbeit, Sparsamkeit, Selbstdisziplin, Gehorsam und Ausdauer zu den ‚Asiatischen Werten‘. Solche Werte und die daraus abgeleiteten sozialen Normen sind natürlich nicht nur in asiatischen Gesellschaften, sondern in allen sich in wirtschaftliche Entwicklung befindenden und befindenden Gesellschaften zu beobachten. Das heißt aber noch lange nicht, dass die asiatischen Länder auch den gleichen Weg nehmen werden, den die europäischen Industrieländer oder die USA zurückgelegt haben. Dass die asiatische Entwicklung anders als die des Westens aussehen kann²⁶, gilt auch für demokratische Prinzipien bzw. Normen, die aus Kollektivismus oder Familismus abgeleitet werden. Die Zitate aus einem Interview von Fareed Zakaria

²⁵ Das gilt vor allem für Malaysia und Indonesien. Sie sind geschichtlich von Konfuzianismus sehr wenig beeinflusst. Ferner ist es ein Grund, dass der Diskurs anfänglich mit konfuzianistischen Werten angefangen hat, aber mit der Zeit, unter Einbeziehung der süd-ostasiatischen Länder, sich zu asiatischen Werten erweitert hat. Dabei hat die singapurische ethnische Heterogenität auch eine Rolle gespielt.

²⁶ Als so genannte Spätentwickler haben die asiatischen Länder in diesem Sinne große Chancen, indem sie Vor- und Nachteile der Entwicklungswege der industrialisierten Länder genau untersuchen und so gesellschaftlich noch bessere, also verträglichere Entwicklungsstrategien verfolgen können.

mit Lee, Kuan Yew, die seine Vorstellung von Demokratie²⁷ repräsentieren sollen und an denen die meiste Kritik geübt wurde, repräsentieren nicht vollständig, was er von Demokratie hält. Wenn die Demokratie andere Form(en) als die im gegenwärtigen Westen haben kann, ist es schon eine mögliche Vorstellung, dass sie in Asien anders gestaltet wäre. Ferner kann niemand behaupten, dass die gegenwärtige Gestalt von westlicher Demokratie ihre endgültige Form ist. In dem Sinne kann der Diskurs über Kollektivismus eine erneuerte Sichtweise eröffnen.

Welche Konsequenz(en) kann oder können dann aus dem Diskurs über asiatische Werte, trotz in- und ausländischer Einwände und der Instrumentarisierung der Bevölkerung, gezogen werden? Kann der Diskurs Hinweise auf die zukünftige Konstruktion der Gesellschaft geben? Einen Hinweis kann man in der Antwort auf die Frage finden, wie eine Regierung wie die Singapurs ohne nennenswerte Widerstände so lange bestehen kann, wenn auch angenommen wird, dass die Repression sehr stark war? Es muss einen (Minimal-)Konsens gegeben haben: einen Konsens, der eine soziale Ordnung überhaupt möglich macht und der eng mit Kollektivismus zusammenhängt.

Im Diskurs über asiatische Werten hat der Kollektivismus eine besondere Position eingenommen. Mit diesem Begriff fängt die Kritik der Demokratien asiatischer Länder, vor allem der Singapurs an. Wenn der Kollektivismus bzw. der Familismus nur im Dualismus von Demokratie und Antidemokratie oder Diktatur diskutiert und gefasst wird, auch wenn er der Legitimierung der autoritärer Regierungen dient, wird der wahre Sinn, der im Diskurs über die asiatischen Werte steckt, nicht angemessen und vollständig verstanden. Solche dualistische und antagonistische Sicht, die vielleicht bloß zum Schluss des Zusammenpralls der Zivilisationen kommt, verschleiert die Vielfalt der Kulturen und verhindert die Kommunikation zwischen Zivilisationen²⁸.

Chua sieht in der kollektivistischen Einstellung in Asien eine Form des Kollektivismus, die nicht unbedingt negativ für die Gesellschaft wirken soll. Er hat nämlich „das Soziale“ entdeckt, das auch im Kommunitarismus eine wichtige begriffliche Position einnimmt. Um das herauszustellen, stellt er die kommunitaristischen asiatischen Werte dem westlichen Liberalkapitalismus und Individualismus gegenüber, wie es Singapur in

²⁷ Demokratie wird hier von mir neben Institutionen wie Verfassung, Parteien oder Parlament vor allem als prozeduraler Vorgang, der den Konsens mit Mehrheitsprinzip bildet, verstanden.

²⁸ Der Anlass von Chua, warum er die Diskussion zuerst mit der Gegenüberstellung zwischen östlichen und westlichen Werten anfängt, liegt auch darin, „(...) diejenigen Deutungen der ‚asiatischen Verhältnisse bekämpfen zu können, in denen Kritiker nicht nur ihre Abneigung gegen eine Betonung des ‚Kollektiven‘, sondern dies auch für eigennützige Zwecke tun“ (Chua, 2001, 75).

Praxis und die Kritiker der asiatischen Werte vorgemacht haben. Mit der Gegenüberstellung will er auch die Konstruktion einer globalen Realität in Frage stellen, „(...) die dazu tendiert, den Triumph des liberalen Individualismus und Kapitalismus als Ende der Geschichte auszuweisen²⁹“ (Chua, 2001, 76). Das Soziale wurde in der politischen Praxis in Singapur durch den so genannten ‚Angebots-Sozialismus‘³⁰, wie er von einem Minister bezeichnet wurde, verwirklicht. Durch die Politiken wie ‚öffentlicher Wohnungsbau und die Enteignung von Boden‘ und ‚gesellschaftliche Finanzierung von Förderkursen im Bildungssystem‘ (ebd., 80–83) wurden die notwendigen Lebensgrundlagen der Bevölkerung errichtet. Was unterschiedlich zum real existierenden Sozialismus war, wie die Prädikat ‚Angebots‘ verrät, dass die Wohnungen z.B. nicht umsonst vermietet wurden und die Bildung in besonderer Form gefördert wurde. 85% des Bodens hat die Regierung vergesellschaftet und öffentliche Wohnungen gebaut, die mit 99-jährigen Nutzungsverträgen vermietet wurden. Die Finanzierung der Förderung von Bildung erfolgte durch die Verbände, die nach ethnischen Gruppen gebildet wurden. Die Regierung unterstützt sie mit Finanzhilfe, die bis zu 80% der Aufbauposten und auch der Betriebskosten decken kann. Indem der Staat nicht direkt die Individuen finanziert, bleibt der gesunde Wettbewerb zwischen gesellschaftlichen Gruppen bestehen. Die potenziellen Konflikte zwischen den Ethnien können auch in Grenzen gehalten werden. Wenn man diese Politiken mit denen des Realsozialismus und bürokratischer Staaten vergleicht, wird es deutlich, wie das Soziale in einer Gesellschaft errichtet und praktiziert werden kann. Dieses Konzept Singapurs soll „vom ‚Sozialismus‘ kommunistischer Regime als auch von sozialer Wohlfahrtsstaatlichkeit als einem notwendigen Sicherheitsnetz gegen die Irrationalitäten eines marktbeherrschten Liberalkapitalismus abgrenzen“ (ebd., 80). Was dem Realsozialismus zum Verhängnis geworden ist, ist nach Chua (ebd., 79–80), die undisziplinierte und korrupte Bürokratie, die disziplinierenden Effekte des Marktes ersetzt hat. Die Technokraten, die in modernen Westen üblich sind, praktizieren eine Politik nach Regeln instrumentaler Rationalität und sie wurden von der Regierung kontrolliert, um schnelle Resultate beim kapitalistischen Wirtschaftswachstum zu erreichen. Als Instrumentarium des Staates handeln sie dabei

²⁹ Ihm hat dabei der Zeitpunkt des Anfangs der Demokratiedebatte über Asien in Bezug auf Kollektivismus gefallen. Es hat „mit dem Abdanken des ‚real existierenden Sozialismus‘ in der früheren UdSSR und in Zentraleuropa in der zweiten Hälfte der 80er Jahre“ (Chua, 2001, 76) begonnen. Mit dem fing der angeblich triumphale Vormarsch des liberalen Individualismus und Kapitalismus, an der in der Lage war, „sein Bedürfnis nach universaler ideologischer und materieller Hegemonie ohne irgendwelche neue Konkurrenten durchzusetzen“ (ebd.).

³⁰ Solche politische Vorstellung ist auch deshalb möglich, weil die meisten Staatsmänner in Europa, England, ihre Studien abgeschlossen haben und dabei von der britischen Labour Party stark beeinflusst wurden.

unpersönlich. Das hat zur Folge, dass Technokraten ‚bewusst die Interessen des Privatkapitals auf der Ebene des Eigentums‘ untergräbt und dass sie ‚die dehumanisierenden Effekte der Bürokratisierung anerkennt‘ und sie ‚potentielle Konflikte entlang der Trennlinien zwischen ethnischen Gruppen und ihren Identitätspolitikern‘ akzeptiert (vgl., ebd., 83).

Diese Politik Singapurs, die weder das Soziale noch die Individualität im Sinne des Wettbewerbs in einer Gesellschaft verloren gehen lässt, musste die breite Zustimmung der Bevölkerung finden. Die Konflikte zwischen den Ethnien, die größer werden können, wie in Indonesien, bleiben immer unter Kontrolle. Der gesellschaftliche Konsens bildet sich somit lautlos, nach Meinung Lee Kuan Yews, dank der konfuzianistischen Werte.

Welche Verbindung hat denn der Konfuzianismus zur Demokratie? Was hat der alte Konfuzius gelehrt? Richten sich die Lehren von dem Wanderpolitikberater nur gegen die Demokratie oder würden nur solche Schlussfolgerungen aus seinen Lehren gezogen? Wie Lee (vgl. Lee, E. J., 1997, 127–133) hingewiesen hat, haben manche Kritiker asiatischer Werte die Werte Asiens bzw. des Konfuzianismus zu kurz, oberflächlich und allein aus der Sicht des Westens beschrieben. Sie listen die asiatischen Werte auf, ohne dass sie diese und damit die asiatische Kultur(en) näher erklären, und wenn, dann manchmal missverständlich. So wurden z.B. Familismus und Kollektivismus in Asien als für die Demokratie und die gesellschaftliche Entwicklung hemmend dargestellt. Diese Werte sollen für die angeblich mangelnde Demokratie, die für Wirtschaftskrisen verantwortliche Korruption oder für die nicht herausgebildete instrumentale Rationalität verantwortlich sein. Wenn man hier auch so kurz über diese Werte sprechen darf, kann man den Aufsatz des koreanischen Präsidenten, Kim, Dae-Jung, der damals noch Oppositionsführer war, zitieren. Er betont, dass die asiatischen Werte nicht gegen Demokratie sind, vor allem deshalb, weil die Lehre auch Widerstand gegen das Regime (König) zulässt, wenn es ungerecht ist oder zu autoritär auftritt. Die schwere steuerliche Belastung, die zu oft ausbrechenden Kriege oder die korrupten Beamten verursachten den Bruch des Vertrauens zwischen Volk und König und führten zu den Widerständen, die mal vom Volk, mal von Intellektuellen aufgerufen wurden. Er weist weiter hin, dass es in der asiatischen Geschichte, auch in der koreanischen, zahlreiche Beispiele für Widerstand gegeben hat (Kim, 1994, 191–192). Die Lehre von dem Mengtzu, der wichtige Position im Konfuzianismus hat, lautet: „The people came first, (...), the country second, and the king third“ (ebd., 191). Das von Kim (ebd.) aufgeführte Beispiel ‚Tong-Hak‘-Bewegung geht viel weiter und behauptet, dass ‚man heaven‘ ist.

Viel konkreter hat Pohl die chinesische und von chinesischer Kultur ausgeprägte asiatische Kultur vorgesehlt. Zuerst verweist er darauf, dass das chinesische Wertesystem auf einer Synthese von verschiedenen Traditionen, nämlich Konfuzianismus, Yin-Yang-Denken, Daoismus und Buddhismus beruht. „Der wesentliche Unterschied zum Christentum besteht darin, dass sie (...) keine auf ein transzendentes, göttliches Wesen und auf ein Jenseits gerichtete Glaubensvorstellungen, sondern auf praktische Vernunft gegründeten Handlungsorientierungen darstellen, die der Meisterung des Lebens und dem Hier und Jetzt gelten“ (Pohl, 2001, 43). Von den Denk- oder Religionstraditionen haben der Konfuzianismus und das Yin-Yang-Denken die chinesische Kultur am meisten beeinflusst. Obwohl die politischen Ordnungsvorstellungen während letzten 100 Jahre vom Westen stark beeinflusst wurden, müssen gewisse traditionelle Grundmuster bis heute weitgehend in den heutigen Vorstellungen und gesellschaftlichen Strukturen wirksam geblieben sein. Das höchste Ziel der Politik ist „eine gesamtgesellschaftliche Harmonie und Stabilität. Diese Priorität ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass chinesische Gesellschaftsvorstellungen vom Modell der Familie ausgehen“ (ebd., 44). Deshalb wird Streit oder Konflikt als gesellschaftsschädlich angesehen, und die Bevölkerung ist bereit, für die Gesellschaft mehr zu opfern als die im Westen. Die Weltanschauung des Yin-Yang-Denkens sieht das Miteinanderwirken zweier polarer Kräfte und „äußert sich u.a. in einem Verhalten, welches Gegensätze weniger konfrontativ aufeinander prallen lässt oder diese nach dem Entweder-Oder-Muster gegenseitig ausschließt, sondern sie eher im Gleichgewicht miteinander vereinigt (sowohl–als auch)“ (ebd., 44). Im Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft steht das Individuum als Teil des Ganzen, also der Gesellschaft, und ist damit ein Teil des voneinander abhängigen Beziehungsnetzwerkes, in dem sich Individuen gegenseitig unterstützen und Rücksicht aufeinander nehmen. In diesem Netzwerk ist die Grundeinheit wiederum die Familie mit der Eltern-Kind-Beziehung. Wie eine natürliche Hierarchie in der Familie „ist auch die Gesellschaft vertikal geordnet, wobei traditionell die Älteren in Form einer moralischen Elite (bzw. Bildungselite) den Ton angeben. Aufgrund dieser paternalistischen Tradition und vertikalen Strukturen besteht eine andere Erwartungshaltung an die Regierenden als hierzulande“(ebd., 44–45). Das Verhalten der Menschen wird durch Beziehungen sowie durch ungeschriebene Gesetze, nämlich gegenseitige Pflichten und Regeln des Anstands und der Moral, bestimmt. Und diese sollten durch gutes Vorbild der Verantwortung Tragenden vermittelt werden. „Ein bürgerlicher, politischer Freiheitsbegriff und eine Verrechtlichung der menschlichen Beziehungen sind unter diesen Voraussetzung nur schwer vorstellbar(,)“ (ebd., 45) und auch nicht so

dringend vonnöten, solange dieses System funktioniert. Dem westlichen Begriff ‚Ethik‘ entsprechen in China und auch in anderen Regionen Asiens wie Japan und Korea die ‚Prinzipien zwischenmenschlichen Verpflichtungen‘ (*Junli*). Damit sind die Verpflichtungen innerhalb der so genannten ‚Fünf Grundbeziehungen‘ gemeint, die einerseits auf Hierarchie, andererseits auf Gegenseitigkeit, nämlich auf Verantwortung und Vertrauen, basieren“ (ebd., 46). Eine Grundbeziehung davon ist die zwischen Herrscher und Beamten³¹. Die Pflicht des Herrschers war, „das Volk ‚zu nähren, zu bereichern und zu erziehen‘. Die Autorität des politisch oder wirtschaftlich Führenden gründet sich also auf dessen Verantwortung und Sorge für die ihm Anvertrauten. Ist eine Regierung durch solches Engagement legitimiert (...), dienen ihm in Loyalität die Intellektuellen (als Bürokraten oder Lehrer) und herrscht Vertrauen im Volk. Die Autorität des Führenden (...) beruht also auf seiner moralischen Legitimation, d.h. auf seinem vorbildhaften Verhalten, dem Vertrauen und der Harmonie, die er in der Gesellschaft unter allen Interessengruppen (...) schaffen kann“ (ebd., 47). Das oben von Kim vermerkte Widerstandsrecht von Intellektuellen gegen den ungerechten Herrscher stammt aus dieser Beziehungslogik. Als Ideologen und Vermittler zwischen Herrscher und Volk war die Rolle der Literaten sehr wichtig. Sie konnten nur durch die staatliche Prüfung in Beamtschaft eintreten und die Stelle war nicht vererbbar.

Lee Kuan Yew passt in dieses Muster, zudem gehört er zu einem reinsten Politiker der Welt (vgl. Chua, 2001, 72). Obwohl er wegen des Verdachts des Legitimationsversuchs mit dem Diskurs über asiatische Werte vom Westen und auch in Asien kritisiert wird, scheint es viel plausibler, dass seine Politik und politische Haltung von asiatischen, genauer gesagt konfuzianistischen Werten bzw. Wertesystem legitimiert wurde. Die Legitimität seiner Autorität musste sich noch vertiefen, als seine Politiken wie öffentlicher Wohnungsbau oder Förderung der Bildung sich als ungewöhnlich erfolgreich erwiesen.

³¹ Weitere vier Grundbeziehungen: zwischen Älteren-Jüngeren, beim Ehepaar, Vater-Kind-Beziehung und zwischen Freunden.